



Evangelische Verantwortung



Diskriminierung und Verfolgung von Christen

Volker Kauder MdB, Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Seite 3*

Religionsfreiheit und Christenverfolgung

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmacher *Seite 6*

12
15
22

10 Jahre Irak-Krieg

Zum 100. Geburtstag von Kai-Uwe von Hassel

Aus unserer Arbeit

Liebe Leserin, lieber Leser,



Unser Grundgesetz schützt nicht eine bestimmte Lebensweise, sondern schützt Ehe und Familie, weil aus ihnen Kindern hervorgehen können. Sie sichern die Lebens- und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Grundgesetz schützt nicht eine bestimmte Lebensweise, sondern schützt Ehe und Familie, weil aus ihnen Kindern hervorgehen können. Sie sichern die Lebens- und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Nach Auffassung von uns Christdemokraten und Christsozialen ist es deshalb angemessen und richtig, Ehe, Familie und die Förderung der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Worum es anderen geht, wird übrigens beim **Beschluss der „Grünen Jugend“** sichtbar, wenn es darin heißt: „Wir stehen für die Überwindung der Ehe. Ja, wir wollen die Ehe abschaffen.“

Als Union wollen wir demgegenüber diejenigen unterstützen, die ihr Leben in Ehe und Familie gemeinsam führen möchten. Sie haben unsere Unterstützung und die Förderung des Staates verdient. Darüber hinaus achten und wertschätzen wir auch andere Formen verantwortlichen und dauerhaften familiären bzw. partnerschaftlichen Zusammenlebens. Wir sprechen uns deshalb auch klar und deutlich **gegen** jede Form der **Diskriminierung von homosexuellen Menschen** aus. Überall dort, wo die höchste Rechtsprechung in unserem Land präzise Vorgaben macht, sind diese vom Gesetzgeber korrekt umzusetzen. Allerdings bleibt es in unserer staatlichen Ordnung Aufgabe des Gesetzgebers über gesellschaftliche und politische Grundsatzfragen in differenzierter und umfassender Weise zu diskutieren und zu entscheiden.

Auf unserer **49. EAK-Bundestagung**, die am **7. Juni** dieses Jahres in Berlin stattfinden wird, und zu der ich Sie bereits jetzt sehr herzlich einlade, wollen wir miteinander über das zukünftige **Verhältnis von Kirche und Staat** diskutieren. Zu den großen Errungenschaften des Verfassungsrechtes der Bundesrepublik Deutschland gehört die **Betonung des positiv verstandenen Religionsfreiheitsrechtes**: Die Trennung von Kirche und Staat schließt die vielfältigsten Möglichkeiten der **Kooperation zwischen dem Staat und den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften** nicht nur keineswegs aus, sondern bejaht diese

auch nach dem jüngsten **Urteil des Bundesverfassungsgerichtes** zur sogenannten **Stiefkindadoption** und angesichts der auch in unserer Partei seit dem letzten Parteitag neu entstandenen Diskussion um die Rechte von eingetragenen Lebenspartnerschaften muss klar bleiben: **Ehe und Familie** sind und bleiben das tragende Fundament unserer Gesellschaft. Vater und Mutter sind die prägenden Personen beim Heranwachsen und in der Erziehung von Kindern.

Die Perspektive lebenslanger Verbindlichkeit in Ehe und Familie bietet Kindern Treue und Geborgenheit sowie unterschiedliche geschlechtliche Bezugspunkte. Dieser Sachverhalt bleibt auch nach diesem Urteil gültig. Unser

im Sinne der Subsidiarität zum Wohle des gesamten Gemeinwesens ganz ausdrücklich.

Dieses seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bewährte Modell steht in den letzten Jahren aber zunehmend in der Kritik, insbesondere auch von Seiten der politischen Linken. Sowohl in der **Linkspartei** und bei den **Piraten** als auch bei den **Grünen** und der **SPD** haben sich in den letzten Jahren immer mehr Stimmen zu Wort gemeldet, die vehement für eine radikale **Trennung von Kirche und Staat**, und damit u.a. auch eine bewusste Zurückdrängung der etablierten Mitgestaltungs- und Wirkmöglichkeiten beispielsweise der Kirchen in unserem Land plädieren. Der sowohl unsere gesamte Kultur als auch unsere wesentlichen sittlich-ethischen Grundlagen mitprägende Einfluss der Kirchen und des Christentums wird immer öfter gelehnet und zum Teil sogar offen bekämpft. Nachdem sich in diesem Geiste vor ein paar Jahren bereits schon die **„Laizisten“ in der SPD** als Arbeitskreis gegründet haben, gibt es seit Januar dieses Jahres nun auch den **Arbeitskreis „Säkulare Grüne“** mit dem erklärten ideologischen Ziel, die vermeintlichen „Privilegien von Kirchen und Religionsgemeinschaften perspektivisch abzuschaffen“. Was hier allerdings als besondere „Privilegien“ der Kirchen dargestellt und angeprangert wird – und das verschweigen die laizistischen und säkularen Kritiker stets –, ist anerkanntes und allgemein gültiges Religionsverfassungsrecht.

Als EAK werden wir in diesem **Jahr der Bundestagswahl** deutlich machen, dass wir als Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union mittlerweile die einzige im Deutschen Bundestag vertretende politische Kraft sind, auf die noch Verlass ist, wenn es um den **Erhalt des jahrzehntelang bewährten Verhältnisses von Kirche und Staat** in unserem Land geht. Auf unserer kommenden Bundestagung wollen wir darum neben den verfassungsjuristischen Aspekten auch die gesellschaftlich-politischen und ethisch-moralischen Perspektiven in den Blick nehmen: Wie kann es gelingen, religiös und weltanschaulich geprägte Fundamentalismen und politisch-ideologische Absolutheitsansprüche zu bekämpfen und gleichzeitig das Klima der Toleranz und der positiven Religions- und Weltanschauungsfreiheit in unserem Land zu erhalten? Wie können wir in Zukunft – bei immer heterogener auseinandertretenden Religions- und Herkunftskulturen – eine mögliche Segmentierung oder Zersplitterung unserer Gesellschaft verhindern und stattdessen ein auf gemeinsamen Grundwerten basierendes Zusammenleben befördern? – Diesen und vielen weiteren drängenden Fragen wollen wir uns stellen, und gemeinsam nach tragfähigen Antworten suchen. Eine besondere Freude ist es, dass wir unsere CDU-Parteivorsitzende und **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** sowie andere prominente Gäste in unserer Mitte begrüßen dürfen. Freuen wir uns auf fruchtbare und spannende Diskussionen!

(Die Anmeldeunterlagen für die 49. EAK-Bundestagung finden Sie auf S. 20.)

Gottes Segen!

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Diskriminierung und Verfolgung von Christen

| Volker Kauder MdB

Dawadros II., seit November 2012 koptisch-orthodoxer Papst, ist schon der zweite Theodor auf dem Stuhl des heiligen Markus. Der erste erlebte im 8. Jahrhundert die Frühzeit der islamischen Eroberung Ägyptens. Die mehr als 1.000 Jahre, die zwischen den beiden Päpsten desselben Namens liegen, haben das Selbstbewusstsein der koptisch-orthodoxen Kirche nicht gebrochen. Als mich Tawadros II. Anfang Februar dieses Jahres als ersten deutschen Politiker empfing, zitierte er die Prophezeiung aus Jesaja 19,19, die die Kopten seit jeher als Begründung ihrer Kirche verstehen: Zu der Zeit wird für den HERRN ein Altar mitten in Ägyptenland sein und ein Steinmal für den HERRN an seiner Grenze. Die koptisch-orthodoxen Christen, die sich selbst in Erinnerung an die frühen Verfolgungen unter den römischen Kaisern als Mitglieder einer Märtyrerkirche sehen, kennen harte staatliche Repression. Nach langen Jahren der Koexistenz mit dem Islam

umfasst die koptische Gemeinde noch etwa 15 % der Bevölkerung.

Papst Tawadros II. hatte kurz vor unserer Begegnung in einem Interview seiner Sorge in einer für koptische Verhältnisse sehr ungewohnten Weise Ausdruck verliehen. Er hatte die islamische Führung des Landes deutlich kritisiert und darauf hingewiesen, dass die neue ägyptische Verfassung Christen als Minderheit diskriminiere. Keinesfalls seien die Kopten aber eine Minderheit, sondern Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten. Papst Tawadros erinnerte Präsident Mursi an sein Bekenntnis zu einem religionsneutralen „zivilen Staat“, der nur Bürger kennt und warnt vor einer zunehmenden Islamisierung seiner Heimat. Berufliches Fortkommen, gesellschaftliche Teilhabe und Erfolg verknüpfen sich nach Erfahrung der Kopten zunehmend

Das Beispiel Ägyptens zeigt auf, dass es nicht immer leicht ist, abzustecken, wo Benachteiligung in Bedrängnis übergeht und zu Verfolgung wird.

mit der Religion. Christen, die immer eine wichtige Rolle in der Modernisierung des Landes gespielt haben, finden heutzutage kaum mehr einen Platz in dessen Verwaltung. Von 35 Ministern des derzeitigen Kabinetts der Technokraten ist nur eine Ministerin Christin.

Das Beispiel Ägyptens zeigt auf, dass es nicht immer leicht ist, abzustecken,

wo Benachteiligung in Bedrängnis übergeht und zu Verfolgung wird. Hier gab es immer auch Gewalt gegen Christen, die sich in der Vergangenheit jedoch zu

meist an eigentlich wenig religiösen Fragen entzündet hatte. Alltägliche Streitigkeiten aber nehmen schnell eine religiöse Note an, wenn sie zwischen Christen und Muslimen stattfinden. Vertreibungen, Zerstörungen von Kirchen oder Gemeindezentren und offene Gewalt sind dann die Folge. Christen beklagen, dass die

Ordnungskräfte selten in diese Konflikte eingreifen, sie also der Gewalt der Mehrheit ausgeliefert sind. Das alte Regime unter Präsident Mubarak hat darüber hinaus, wie man heute weiß, die Spannungen zwischen den Religionen des Landes befördert, um die so entstehende Unsicherheit auszunutzen. Heute wächst die Unsicherheit der Kopten wie die der liberalen und säkularen Muslime vor dem durch den politischen Islam kontrollierten Staat, der nach den Bestimmungen der neuen Verfassung weiter auf den Grundlagen der Scharia ruht.

Wenngleich man also deutlich feststellen muss, dass Christen vom Staat nicht verfolgt oder gezielt diskriminiert werden, haben sie dennoch nicht die gleichen Rechte wie ihre muslimischen Mitbürger. So ist für einen Kirchenbau weiterhin eine staatliche Erlaubnis notwendig, die nicht selbstverständlich erteilt wird. Ein Religionswechsel ist nur vom Christentum zum Islam möglich. Die Behörden weigern sich, Muslimen einen Religionswechsel in den Ausweispapieren zu bestätigen, in denen die Religionszugehörigkeit der Ägypter noch immer vermerkt ist. Da für den Familienstand die jeweiligen Religionsgesetze gelten, hat ein muslimischer Konvertit zwar nicht mit der Todesstrafe zu rechnen, er verliert aber beispielsweise die Erziehungsberechtigung für seine Kinder oder Erbsprüche. Oft kann er sich nicht vor der Empörung seiner Familie und seiner Nachbarn retten. Die Situation des Umbruchs, in der das Land am Nil steht, führt zur Sorge bei den Christen. Die ehemalige Einheit der Religionen im Protest gegen das alte Regime wurde auf die Probe gestellt, als christliche Demonstranten im Verlauf des Jahres 2011 gezielt und brutal angegriffen wurden. Die jetzige Regierung hat es aus Sicht der Kopten bisher vermieden, ihre Sorgen aufzugreifen.

Ohne Frage sind die Kopten auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Wir müssen unsere Stimme erheben, um zu vermeiden, dass sich die Lage der Christen in Ägypten weiter verschlechtert. Wichtig ist auch, stets darauf hinzuweisen, dass wir die Lage vor Ort genau beobachten und auf Veränderungen reagieren werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nutzt ihren Einfluss, um die Kräfte zu unterstützen, die zu einem gedeihlichen Zusammenleben aller Ägypter beitragen wollen. Ich selbst war nun schon zum dritten Mal vor Ort um zu zeigen: uns ist nicht gleich, was in diesem wichtigen Land mit seiner stolzen Geschichte geschieht.

Ägypten ist ein Land, das im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen christlichen Hilfswerk Open Doors – Gott sei Dank – nicht auf die obersten Plätze kommt. Es belegt in diesem Jahr Platz 25. Der Index gibt länderbezogen das Ausmaß der Beeinträchtigung wieder, die Christen jeweils erleiden müssen. Er wird auf der Grundlage von Auswertungen zum Privat- oder Familienleben sowie zur Möglichkeit, sich als Christ

in der Öffentlichkeit zu erkennen zu geben oder ein kirchliches Leben zu organisieren, erstellt.

An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf verwiesen, dass selbstverständlich nicht nur

Christen Bedrängnis oder Verfolgung ausgesetzt sind. Auf meinen Besuchen in vielen Ländern der Welt stelle ich fest, dass viele Menschen aufgrund ihrer Religion benachteiligt und diskriminiert werden. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, seit 1948 ausdrücklich Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, gilt offenbar immer weniger. Angehörige des Islams bekämpfen sich gegenseitig, in Pakistan und dem Irak werden etwa Schiiten Opfer von Anschlägen. Die Religionsgemeinschaft der Bahai wird in den meisten Ländern der islamischen Welt brutal verfolgt. Hindus und Moslems stehen einander auf dem indischen Subkontinent unversöhnlich gegenüber.

Dennoch ist unbestritten: Christen haben weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung zu leiden. Dies ist bereits ihrer großen Zahl geschuldet – das Christentum ist die am weitesten verbreitete Religion der Welt. Immer wieder bin ich überrascht, wie schwer sich gerade die, die sich für Menschenrechte verantwortlich fühlen, mit dieser Tatsache tun.

Vielleicht ist diese Abneigung gegen ein offensichtliches und drängendes Thema dem Grund geschuldet, dass das Christentum in Deutschland eine immer geringere Rolle in der Öffentlichkeit einnimmt. Wer gegen die Benachteiligung, Drangsalierung und Verfolgung von Christen aktiv werden will, muss sich dieser deutschen Wirklichkeit stellen. Die Säkularisierung ist in den letzten Jahrzehnten stark vorangeschritten – große Teile unserer Gesellschaft haben heute keinen persönlichen Bezug mehr zu Religion. Damit hat sich vielfach die Meinung durchgesetzt, Religion sei Privatsache und habe in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Christen, die in anderen Ländern verfolgt werden, weil sie ihren Glauben öffentlich bekannt haben, scheinen bei einer solchen Sichtweise ihre Probleme selbst verursacht zu haben. Diese Ansicht und das mit ihr

verbundene Schweigen zu durchbrechen, ist eine große Herausforderung für verantwortungsbewusste Politik unserer Zeit.

Lange Zeit hat das Engagement für bedrängte und verfolgte Christen darunter gelitten, dass es eine mangelnde Bereitschaft der Medien in Deutschland, der Kirchen, aber auch der deutschen Öffentlichkeit an sich gab, sich mit der Frage zu befassen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihre Aufgabe daher zunächst darin gesehen, Fakten zu sammeln und Öffentlichkeit für unsere verfolgten Brüder und Schwestern im Glauben herzustellen. Die Befassung mit den Problemen und dem Leiden der Christen weltweit zeigt: Benachteiligung, Bedrängnis und Verfolgung gehen vielfach ineinander über, lassen sich in unterschiedlicher Ausprägung in vielen Ländern beobachten.

Es gibt noch immer Beispiele für eine nach unserem Verständnis „klassische“ Christenverfolgung, also dem Einsatz staatlicher Mittel gegen eine Religionsgruppe. Das krassste Beispiel gibt weiterhin das totalitäre nordkoreanische Regime, in dem Christen als Staatsfeinde behandelt, bekämpft und gequält werden. Die wenigen Berichte, die uns aus diesem Land erreichen, erschrecken uns stets aufs Neue. Die grausame Wirklichkeit der Lager dieses Landes spottet jeder Beschreibung. Nordkorea ist weltweit das schlimmste Verfolgerregime und übertrifft in der konsequenten und wirkungsvollen Nutzung der Mittel einer Diktatur alle anderen Staaten an Brutalität. Auch andere Diktaturen, so etwa Eritrea, dulden nicht oder nur unter strengen Auflagen unabhängige Gemeinden. Deren Leben, aber auch das Leben jedes Christen ist dort durch die allgemeine Unfreiheit bedroht. Christen werden drangsaliert und benachteiligt. Bei einem zu offenen Bekenntnis zur Frohen Botschaft, die von den Behörden dort offenbar schon aus sich selbst als Herausforderung der staatlichen Ordnung verstanden wird, drohen ihnen staatliche Zwangsmaßnahmen bis hin zur Lagerhaft.

Es sind ebenfalls ausdrücklich Christen, die von gezielter staatlicher Benachteiligung und Diskriminierung in islamisch geprägten Staaten betroffen sind. In diesem Zusammenhang ist zunächst der Iran zu nennen. Die islamische Republik kennt keine Religionsfreiheit und bemäntelt ihre harte Repression anderer Religionen mit einem Hinweis auf die Duldung einer alteingesessenen christlichen und jüdischen Gemeinde. Jede Veränderung des Status Quo, etwa die Einfuhr, aber auch schon der Besitz einer Bibel aus dem Ausland oder gar die Konversion vom Islam in das Christentum sind hier noch immer schwerste Verbrechen, für die auch die Todesstrafe ausgesprochen werden kann. Religionsfreiheit wird in Staaten wie dem

Iran oder Saudi-Arabien nicht als individuelles, persönliches Recht verstanden, sondern als Gruppenrecht definiert. Staaten, die die Scharia nicht nur für das Personenstandsrecht nutzen, sondern auch als Grundlage des Strafrechtes, lassen alteingesessenen und neuen christlichen Gemeinden wenig Spielraum. Staaten wie der Jemen, Pakistan oder die Malediven, in denen sich diese Haltung durchsetzt, finden sich daher auch auf den vorderen Plätzen des Weltverfolgungsindex – neben Afghanistan.

Die Auffassung, es müsse eine Einheit von Staat, Gesellschaft und Religionsgemeinschaft bestehen, ist eine Herausforderung für das 1948 festgeschriebene Menschenrecht. Dabei ist meiner Auffassung nach gerade das individuelle Recht auf Religionsfreiheit ein den persönlichen Wesenskern jedes einzelnen Menschen berührendes Recht. Es steht in enger Verbindung einer Vorstellung der Menschenwürde, die Gewissens- und Meinungsfreiheit umfasst. Diese Freiheiten sind keineswegs als „private“ Rechte gedacht, sie schließen vielmehr immer die Freiheit des Ausdrucks mit ein. Die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit ist eines der existenziellsten Menschen- und Grundrechte und kann nicht mit Hinweis auf die anzustrebende Einheit von Nation und Glaube unterdrückt werden.

Es gibt eine Reihe von Staaten, in denen es nicht so sehr regierungsamtliche Stellen sind, von denen Bedrängung und Verfolgung ausgeht. Christen und christliche Gemeinden leiden dort unter den teilweise tätlichen und tödlichen Angriffen aktiver gesellschaftlicher Bewegungen. Besonders riskant sind solche Situationen, in denen ein Zerfall staatlicher Macht stattfindet, wie das Beispiel des Irak gezeigt hat. Die ehemals große christliche Minderheit litt überproportional in den chaotischen, bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die im Zuge des dritten Golfkrieges entstanden. Heutzutage ist die einmal knapp eine Million Menschen umfassende Gemeinschaft in großen Teilen geflohen. Radikale islamische Gruppen hatten ihr unterstellt, gemeinsame Sache mit den Amerikanern zu machen und sie als Agenten des christlichen Westens identifiziert. Wir befürchten, dass es im Zuge des syrischen Bürgerkriegs, der zunehmend religiöse Züge annimmt, zu einer ähnlichen Entwicklung kommen kann. In ihrer Not wenden sich die Christen hier an die Staaten des Westens und verzweifeln an unserer säkularen Haltung.

Nicht zuletzt müssen auch radikale Gruppen, die mit Terror gegen Christen

vorgehen, wie etwa die „Boko Haram“ in Nigeria oder die al-Shabaab-Milizen in Kenia, genannt werden. Sie zerstören gezielt Kirchen und töten Gottesdienstbesucher, um Christen zu vertreiben. In Mali hat eine solche islamistische Terrorgruppe unlängst beinahe die schwache Zentralregierung hinwegfegen können. In den nun befreiten Gebieten zeigt sich das Ausmaß der radikalen Intoleranz bereits dem Mehrheitsislam gegenüber. Unersetzliches islamisches Kulturgut wurde zerstört, Plünderungen und Gewalt wurden unter dem Mantel angeblich islamischer Rechtspflege begangen. Die Regierungen in vom extremistischen Terror betroffenen Ländern sind oftmals nicht in der Lage, wirkungsvoll für den Schutz ihrer Bürger zu sorgen.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass es auch in Demokratien wie der Türkei eindeutige Probleme mit der Einlösung des Rechts auf Religionsfreiheit gibt. Zwar sind die meisten türkischen Staatsbürger christlichen Bekenntnisses bereits aus dem Land ausgesiedelt – viele dieser orientalischen Christen leben heute in Deutschland und Schweden. Dennoch scheint der eigentlich säkulare türkische Staat große Probleme mit den letzten christlichen Gemeinschaften auf seinem Gebiet zu haben. Unter Vorwänden geht er gegen die griechisch-orthodoxe Kirche auf seinem Gebiet vor. So dürfen nur in der Türkei ausgebildete Priester für die

Auch in Demokratien wie der Türkei gibt es eindeutige Probleme mit der Einlösung des Rechts auf Religionsfreiheit. Der aktuelle Fortschrittsbericht zu den Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei spricht hierzu eine deutliche Sprache.

orthodoxe Gemeinschaft tätig sein, das letzte Priesterseminar aber ist schon seit Jahren durch einen faden-scheinigen Grund geschlossen. Das Kloster Mor Gabriel, eines der ältesten noch aktiven Klöster der Christenheit, findet sich in jahrelangen Rechtsstreitigkeiten, die seine Existenz bedrohen. Obgleich die Urteile der türkischen Instanzen keinen Bestand vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte haben, lassen türkische Richter immer neue Klagen gegen das Kloster zu. Der aktuelle Fortschrittsbericht zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei spricht hierzu eine deutliche Sprache – wie auch zu den Einschränkungen der Pressefreiheit und anderer Bürgerrechte in diesem Staat. Das Engagement für die Religionsfreiheit als Menschenrecht steht bereits seit knapp zehn Jahren im Zentrum unserer Menschenrechtspolitik. Im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Koalition wird die werteorientierte und den Menschenrechten verpflichtete Außenpolitik daher als besonderer Schwerpunkt definiert und von der Bundesregierung ausgeführt. Im Deutschen Bundestag befasst

sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in vielfältiger Weise mit diesem Thema. Unser Antrag „Religionsfreiheit weltweit schützen“ aus dem Jahr 2010 stellt einen Wendepunkt im Engagement des Bundestages dar – noch nie zuvor hatte sich das Plenum mit dieser Frage befasst, oder war gar aktiv für die Religionsfreiheit eingetreten. Der Stephanuskreis der Fraktion bietet ein Forum, in dem aktuelle Fragen der Religionsfreiheit besprochen werden. Viele Vertreter bedrängter und verfolgter christlicher Gemeinschaften haben die Gelegenheit genutzt, hier über ihre Probleme und Hoffnungen zu berichten.

In einem Artikel für die Rheinische Post habe ich bereits 2006 diese Schwerpunktsetzung erläutert: „Die Universalität der Menschenrechte und insbesondere des Rechts auf Religionsfreiheit müssen wir gegenüber den Staaten, die dieses Menschenrecht verletzen, klar ansprechen. [...] Das Thema Christenverfolgung muss sensibel, aber ohne falsche Rücksichtnahme behandelt werden.“ Dabei möchte ich unterstreichen, dass unser Engagement für die Religionsfreiheit weit über das Eintreten für bedrängte und verfolgte Christen hinausgeht. Es kann nur glaubwürdig sein, wenn es nicht nur für Christen, sondern für alle religiösen Gruppen gilt. So ist es für mich selbstverständlich, dass die in Deutschland lebenden Muslime das Recht auf den Bau von Moscheen haben. Wir müssen uns an unserem eigenen Verhalten messen lassen, wenn wir erfolgreich für die Religionsfreiheit weltweit auftreten.

Entscheidend für den Erfolg unseres Einsatzes zugunsten bedrängter, benachteiligter und verfolgter Christen ist, das steht außer Frage, das Gebet für unsere Geschwister im Glauben. Immer wieder bekomme ich dies auf meinen Reisen gesagt – betet für uns. Im Gebet und im öffentlichen Eintreten zu ihren Gunsten schaffen wir gemeinsam die Grundlage für mehr Gerechtigkeit.

Wie erfolgreich die Herstellung einer Öffentlichkeit wirkt, wie sie Freiheit und Gerechtigkeit bewirken kann, zeigt der Fall von Pastor Youcef Nadarkhani. Der wegen seiner Konversion zum Christentum zum Tode verurteilte Iraner wurde aufgrund der immer lauter protestierenden internationalen Öffentlichkeit nach drei Jahren Haft schließlich im September 2012 frei gelassen. Welche bessere Ermunterung für ein Ende des Schweigens kann es geben?



Volker Kauder MdB,
ist Vorsitzender der CDU/
CSU-Fraktion im Deutschen
Bundestag.

Religionsfreiheit und Christenverfolgung

| Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher

Kürzlich titelte der Spiegel anlässlich des Grußwortes der Bundeskanzlerin auf der Herbst-Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Timmendorfer Strand: „Merkel beim Kirchenparlament: ‚Das Christentum ist die am meisten verfolgte Religion‘“. Viele Zeitungen und Kommentare waren empört. Und diese Empörung über Merkels Satz schien bei Etlichen größer zu sein, als über Christenverfolgung selbst. Ich hätte doch wenigstens Aussagen in den Medien erwartet wie: „Ja, Christenverfolgung ist weltweit stark verbreitet, es sterben viel zu viele Christen, aber man sollte doch auch ...“ – So jedoch bekommt man den Eindruck, dass die Reaktion anders gewesen wäre, wenn sie eine andere Religion als das Christentum erwähnt hätte.

Ich kann vor allem die Argumentation nicht nachvollziehen, die oft zu hören war, dass eine solche Aussage nicht zulässig sei, da sie andere Religionen herabsetze oder sage, deren Verfolgung sei weniger schlimm. Wir sagen ständig, dass Frauen häufiger als Männer misshandelt werden. Damit heißen wir doch die Misshandlung von Männern nicht gut! Wer feststellt, dass jüdische Gräber überdurchschnittlich häufig geschändet werden, hält doch anderweitige Grabschändung nicht für gut oder weniger schlimm. Und Rankings gibt es beispielsweise für Demokratie, Pressefreiheit, oder für Korruption, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und deren Opfer, warum nicht für Religionsfreiheit und deren Opfer? In meinem Buch „Rassismus“ belege ich, dass die weltweit verbreitetsten Arten des Rassismus die gegen Juden, Sinti und Roma und gegen Dunkelhäutige sind. Damit setze ich doch andere Opfer nicht herab. „Jeder Verfolgte leide – egal, welcher Religion er angehört“, sagte der Chef von „Human Rights Watch“ (HRW), Wenzel Michalski. Und in der WELT hieß es jüngst, die Bundesregierung solle sich für den Schutz aller bedrohten Minderheiten einsetzen. Aber genau das tut diese Bundesregierung mehr als fast alle anderen Regierungen der Welt! Bei der letzten

Bundestagsdebatte saß ich auf der Ehrentribüne zwischen dankbaren Bahai, Aleviten, Sufis.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrem Synodalgrußwort zu Recht die weltweite Lage der Religionsfreiheit allgemein als sehr negativ bezeichnet und auch deutlich gesagt, dass die Religionsfreiheit „als elementares Menschenrecht“ weltweit und in Deutschland zu schützen sei. Wer immer der Kanzlerin unterstellte, sie wolle nur Christen schützen, hat nicht zugehört, weder vor der Synode, noch sonst, wenn die Kanzlerin zu diesem Thema spricht.

Keiner sagte übrigens, soweit ich das übersehen kann, ihre Aussage sei generell falsch. Einige sagten – und das käme der Wahrheit schon näher – wir hätten dafür noch nicht genug Daten, müssten den vorhandenen Zahlen gegenüber zurückhaltender sein oder man müsse hier und dort noch mehr differenzieren. Darüber kann und muss man gewiss streiten: Ich selbst habe mit wissenschaftlichen Argumenten beispielsweise gerade die oft genannte Zahl von weltweit 100.000 christlichen Märtyrern widerlegt: Diese Zahl ist vermutlich fünf bis zehnmal zu hoch. Wer jedoch die Aussage der Bundeskanzlerin als solche anzweifelt, sollte sich lieber nicht mit ihrem kurzen Statement auseinandersetzen, sondern mit den Fachleuten und Untersuchungen, auf die die Bundeskanzlerin damit zurück greift.

Da wäre etwa die neue umfangreiche Studie „Christianophobia“ (Oxford 2012) von Rupert Shortt, der die Aussage der

Bundeskanzlerin wörtlich enthält. Da wäre der Bericht des PEW Forums on Religion & Public Life vom August 2011 („Rising Restrictions on Religion“), nach dem keine Religion in mehr Ländern Unterdrückung erlebte, als die Christen, nämlich in 130 Ländern. Da wären Veröffentlichungen des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, das ich leite, das zwar evangelisch orientiert ist, in dessen akkreditierter Fachzeitschrift ‚International Journal of Religious Freedom‘ aber Vertreter aller Religionen wie auch nicht-religiöse Forscher veröffentlichen.

Ich selbst bin wohl auch nicht ganz unschuldig, da ich 2010 in meinem Hauptvortrag auf der 47. EAK-Bundestagung „Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert“ im Jahre 2010 (s. „Evangelische Verantwortung“ 11+12/2010, S. 5–10), vor dem die Bundeskanzlerin ein eindeutiges Bekenntnis zur Religionsfreiheit und gegen Christenverfolgung ablegte, ähnliche Aussagen gemacht habe, zu denen ich weiter stehe, zumal die Daten, die die zunehmend Forschung zur Lage der Religionsfreiheit in den letzten drei Jahren hervorgebracht haben, mich darin bestärken. Deswegen möchte ich das Wesentliche kurz skizzieren.

Das Christentum auf der Sonnen- und Schattenseite der Religionsfreiheit

Das Christentum genießt die Sonnenseite der Religionsfreiheit stärker als die anderen großen Weltreligionen, aber auch seine Schattenseite stärker. Keine andere große Religionsgemeinschaft hat einen so hohen Prozentsatz an Mitgliedern, die unbehelligt ihre Religionsfreiheit leben können. Das hat natürlich damit zu tun, dass fast alle ehemals „christlichen“ Staaten, also Staaten mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit, heute Religionsfreiheit gewähren und überwiegend funktionierende Demokratien sind. Eine gewisse Ausnahme von der Regel bieten einige orthodoxe Länder, die sich noch im Zwischenfeld zwischen Demokratie und autokratischen Staaten befinden und deswegen Religionsfreiheit teilweise beschränken, wenn dort auch niemand für seinen Glauben stirbt.

Andererseits hat keine andere große Religionsgemeinschaft einen so hohen Prozentsatz an Angehörigen aufzuweisen, die von ständigen Schikanen bis hin zur Bedrohung an Leib und Leben betroffen sind. Und auch unter den kleineren Religionen gibt es nur wenige mit vergleichbaren Prozentsätzen, wie etwa die Bahai, die dies wesentlich ihrer Gründung im Iran und ihrer starken Verbreitung in der islamischen Welt zu verdanken haben, oder den Zeugen Jehovas, deren Kriegsdienstverweigerung sie vielerorts ins Gefängnis führt.

Freiheit für Pastor Behnam Irani!

Bundesweite Unterschriftenaktion



Pastor Behnam Irani

Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) fordern wir zusammen mit der IGFM die sofortige Freilassung von Pastor Behnam Irani im Iran, der aufgrund seiner Konversion vom Islam zum Christentum derzeit in Haft sitzt und dort permanent physischer und psychischer Misshandlung und Folter ausgesetzt ist. Ihm werden ‚Propaganda wider das Regime‘ und ‚Verbreitung christlichen Glaubens‘ vorgeworfen.

Das totalitäre Regime im Iran missachtet tagtäglich die universalen Menschenrechte. Zur wahren Religionsfreiheit gehört aber das Recht zur freien Wahl der Religionszugehörigkeit und auch zum Religionswechsel. Wir fordern den Iran auf, im Lande endlich alle religiösen Freiheitsrechte zu gewähren und die systematischen staatlich ausgeübten Verfolgungen von Christen und anderen religiösen Minderheiten sofort zu beenden.



Parl. Staatssekretär
Thomas Rachel MdB,
EAK-Bundesvorsitzender

Mit meiner Unterschrift fordere ich die sofortige und bedingungslose Freilassung von Pastor Behnam Irani.

	Vor-, Nachname	Straße	PLZ, Ort	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				

Bitte (auch unvollständig) einsenden an die: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt/M., Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420108-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de

Kontakt: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK), Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: 030/22070430, Fax: 030/22070436, www.eak-cducsu.de



Die in Washington angesiedelte PEW-Foundation hat in bisher drei Studien 2009, 2011 und 2012 alle vorhandenen internationalen Erhebungen zur Religionsfreiheit zusammengeführt und ist dabei zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen, wie 2008 das ebenfalls in Washington ansässige ‚Center for Religious Freedom‘ des Hudson Instituts oder unser Internationales Institut für Religionsfreiheit: In 64 Ländern der Erde, also einem Drittel, gibt es keine oder nur eine sehr eingeschränkte Religionsfreiheit. Leider machen

diese 64 Länder aber zwei Drittel, genauer 70 % der Weltbevölkerung aus. An bewaffneten Konflikten mit mehr als 1.000 Toten, in denen die Religionszugehörigkeit eine zentrale Rolle spielt, waren 24 Länder beteiligt, aus denen 18 Mio. der Flüchtlinge weltweit hervorgingen.

Schauen wir uns die 64 Länder einmal näher an in Bezug auf die beiden größten Weltreligionen: Eine größere Zahl an Muslimen, die in einem nichtmuslimischen Land mit eingeschränkter Religionsfreiheit leben, gibt es nur in Indien. Umgekehrt: Eine größere Zahl von Christen, die in einem Land mit einer eingeschränkten Religionsfreiheit leben, dass eine christliche Bevölkerungsmehrheit hat, gibt es nur in Russland.

Wenn wir einmal im Moment Indien und Russland außen vor lassen, wird der Unterschied zwischen der Lage der Christen und der Muslime schnell deutlich: Die übrigen 700 Mio. Muslime, die in Ländern mit eingeschränkter oder ohne Religionsfreiheit leben, leben in islamischen Ländern.

Dagegen leben die übrigen 200 Mio. Christen, die in Ländern mit eingeschränkter oder ohne Religionsfreiheit leben, als Minderheiten in nichtchristlichen Ländern, verteilt überwiegend auf kommunistische Länder und auf islamische Länder (und eben auch auf Indien).

Das heißt, dass eigentlich Muslime viel weniger Religionsfreiheit genießen als Christen, da sie aber in muslimischen Ländern leben, merken sie dies nur in den seltenen Fällen, wenn sie aus ihrer Religion ausbrechen wollen, etwa wenn sie Atheisten oder Christen werden wollen, oder wenn sie staatlicherseits nicht geduldeten Richtungen oder Abspaltungen zugehören, so wie jüngst Schiiten in Pakistan ermordet wurden.

Christenverfolgung ohne Parallele

Inwiefern berechtigt uns nun aber die Häufigkeit und Massivität der Christenverfolgung weltweit, sie speziell in den Blick

zu nehmen? Stimmt es, dass die Verfolgung von christlichen Minderheiten weltweit solche Ausmaße angenommen hat, dass sie sich rein zahlenmäßig aufdrängt, wenn es um Religionsfreiheit geht?

Sicher ist es dabei schwer, die ganze Welt über einen Kamm zu scheren oder zu definieren, ab wann man eigentlich verfolgt oder diskriminiert ist. Schon

wenn man nur die berechnete Sorge hat, die eigene Kirche könnte während eines Gottesdienstes angesteckt werden, oder nur, wenn sie wirklich angesteckt wird?

Ist man nur verfolgt, wenn die Religion der einzige Grund für Schikanen ist, oder auch, wenn sie nur ein Element unter vielen darstellt?

Die Gewalt gegen Christen reicht vom Mord an Nonnen in Indien über das Abfackeln von Kirchen in Indonesien und dem Verprügeln von Priestern in Ägypten über die Folter eines widerspenstigen Pfarrers in Vietnam bis hin zur Verstoßung von Kindern aus ihrer Familie in der Türkei oder Sri Lanka, wenn sie christliche Gottesdienste besuchen.

Der hinduistische Fundamentalismus richtet sich auch gegen Muslime. Aber zu den 50.000 betroffenen Christen aus dem indischen Bundesstaat Orissa (die in den Jahren 2008/2009 aus ihren Häusern vertrieben wurden, wobei etwa 500 Menschen starben, und die immer noch in Zelten leben), gibt es weltweit kaum eine Parallele.

Zu den 100.000 mit Waffengewalt auf den indonesischen Molluken-Inseln vertriebenen Christen in den Jahren 2000/2001, bei denen es mehrere tausend Tote gab, gibt es derzeit ebenfalls keine Parallele. Im Sudan und Nigeria starben ebenfalls sehr viele Christen – so kompliziert im Einzelnen auch die Lage in diesen Ländern an der Scheidegrenze zwischen Islam und Christentum in Afrika sein mag.

Die Vertreibung von Hunderttausenden Christen aus dem Irak in den Jahren 2007 bis 2009 ist derzeit ohne Parallele in der Religionswelt. Dies findet nun leider aktuell vor allem in Syrien eine Fortsetzung. Denn diese Vertreibung ist nur ein Baustein einer größeren Entwicklung: Vor unseren Augen nimmt der Anteil der alteingesessenen orientalischen und katholischen Kirchen in den islamischen Kernländern dramatisch ab. Jedes Mal, wenn ich den Ökumenischen Patriarchen der Orthodoxen Kirche in Istanbul treffe, nennt er mir eine kleinere Zahl der Angehörigen

seiner Kirche in der Türkei, wo einst Millionen von Christen lebten. Der syrisch-orthodoxe Patriarch berichtete mir kürzlich Erschreckendes über Syrien, ja sogar über den Libanon. Selbst in Ägypten, dem einzigen islamischen Kernland, in dem sich eine orientalisch-orthodoxe Kirche in Millionenstärke gehalten hat, lässt die jüngste Entwicklung befürchten, dass die Zeit des jahrhundertelangen Burgfriedens vorbei ist. In Syrien leiden Christen ungeheuer und ihre Zukunft sieht düster aus, egal welche Partei gewinnt.

Des Weiteren bekommen wir praktisch täglich Meldungen von Kirchen, die angesteckt oder zerbombt werden, wobei Christen sterben, selten aus Ländern wie Nepal, Sri Lanka oder Indien, schon häufiger aus Pakistan und Indonesien, ständig aber aus Ägypten, Irak, Syrien oder Nigeria. Und ganz häufig liegt die Zahl der Todesopfer über 20, bisweilen über 50. Immer häufiger schaffen es solche Meldungen auch in die deutschen Medien. Etwas Vergleichbares ist mir für andere Religionen nicht bekannt. Bestenfalls können hier die Todesopfer innerislamischer Konflikte genannt werden.

Wer diese dramatischen Ereignisse im 21. Jahrhundert durch geschichtliche Ereignisse überbieten will, muss schon auf die Verfolgung der Juden im Dritten Reich oder die blutigen Unruhen zwischen Hindus und Muslimen während der Gründung Indiens und Pakistans zurückgehen oder – wieder im Rahmen der Christenverfolgung – auf die Massenmorde durch Stalin oder Mao.

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel wählen. In vielen Ländern ist es gefährlich, den Islam zu verlassen, gleich ob in Richtung Atheismus, Bahai oder als Sekten angesehene islamische Richtungen. Nur geschieht eine solche Absetzung mit Abstand am häufigsten in Richtung der anderen großen Weltreligion, dem Christentum. Der Spiegel schreibt:

„Seit der Einfluss von Fundamentalisten in der islamischen Welt zunimmt, verschärft sich der Druck auf die christlichen Minderheiten. Die EKD hält

Christen für die weltweit am häufigsten verfolgte Glaubensgemeinschaft. (...) „Noch mehr bedroht als traditionelle Christen sind jedoch Muslime, die zum Christentum konvertieren. Apostasie, der Abfall vom Islam, kann nach islamischem Recht mit dem Tod bestraft werden – und in Iran und im Jemen, in Afghanistan, in Somalia, Mauretanien, Pakistan, Katar und Saudi-Arabien gilt dafür noch immer die Todesstrafe. (...) So verteidigte der Religionsminister die in Ägypten nicht existierende Todesstrafe

für Konvertiten – weil der Abfall vom Islam einem Hochverrat gleichkomme.⁴²

Vier negative Entwicklungen

Im Folgenden seien vier negative Entwicklungen genannt, die die Religionsfreiheit und insbesondere auch die Freiheit der Christen derzeit zunehmend beschränken.

1. Fundamentalismus

Auf Platz Nummer 1 findet sich unbestritten der Fundamentalismus, insbesondere gewalttätige fundamentalistische Bewegungen im Islam, im Hinduismus (vor allem in Indien) und im Buddhismus (vor allem in Sri Lanka). Der Fundamentalismusbegriff meint heute nicht länger eine bestimmte „konservative“ Sicht der Heiligen Schrift und auch nicht das, was in manchen Medien verbreitet wird. Der heute gängige religionssoziologische „Fundamentalismus“-Begriff meint nicht, einen Wahrheitsanspruch zu haben. Dann gäbe es auf dieser Welt fast nur Fundamentalisten und die tolerantesten Menschen wären diejenigen ohne Religion und Wahrheitsanspruch (die Realität entkräftet dieses Argument). Fundamentalismus meint heute vielmehr, einen „Wahrheitsanspruch mit Gewalt durchsetzen“ zu wollen und ist besonders ab 1979 geprägt worden, als Ayatollah Chomeini im Iran seinen Wahrheitsanspruch allen Menschen aufzwingen und bis heute aufzwingen möchte.

Ein Mensch, der etwas für absolut richtig oder falsch hält, wird dadurch nicht gefährlich. Ein Problem wird er für die Gesellschaft erst, wenn er daraus ableitet, dass er andere zwingen darf, dasselbe

zu glauben, dasselbe zu tun, und dass die ganze Gesellschaft so zu funktionieren hat, wie er es für richtig hält. Und es ist diese Art des Fundamentalismus, die in verschiedenen Weltreligionen aufgetreten ist, die für die ganz große Zahl der christlichen Märtyrer und für die Opfer anderer Religionen verantwortlich ist.

Die Haupttäter sind vorwiegend nicht Regierungen oder Bevölkerungen, sondern vor allem gewalttätige, fundamentalistische Bewegungen, die in den meisten Fällen die Regierungen ihrer Herkunftsländer bekriegen – der Iran und Sri Lanka sind hier ebenso eine Ausnahme wie von Saudi Arabien oder Pakistan geduldet oder gar unterstützte islamistische Bewegungen in anderen Ländern.

Der Fundamentalismus hat neben seinem unmittelbaren Einfluss eine weitere verheerende Entwicklung in Gang gesetzt, weil er gerade in bevölkerungsreichen Ländern wie Indien, Indonesien oder Nigeria, in denen die großen Weltreligionen früher halbwegs friedlich zusammengelebt haben, Unruhe stiftet und Gewalt anheizt. Wenn dann staatliche Akteure nicht kompromisslos dagegen vorgehen, wie es im Falle des Hinduismus in Indien oder im Fall des Islam in Indonesien oft der Fall war, kann eine Minderheit einer Religion – meist bewegt sich die Anhängerschaft zwischen 1 und 5 % – ganze Länder destabilisieren und das friedliche Verhältnis von vielen Millionen Menschen mit Spannung aufladen.

2. Nationalismus

Durch die Globalisierung und die Verschiebung von Menschenmassen weltweit gibt es immer mehr Länder, bei denen es ganz schwierig wird, einen Nationalismus an einer gemeinsamen Abstammung, an einer gemeinsamen Geschichte, an einer gemeinsamen Sprache oder Ähnlichem festzumachen. Es gibt immer mehr Länder oder Parteien, die, um den Nationalismus zu retten oder die Bevölkerung hinter sich zu scharen, zur Karte „Religion“ greifen. Ein Türke ist Muslim, ein Einwohner Sri Lankas ist Buddhist, ein Inder ist Hindu und neuerdings ist ein Ungar am besten Christ.

Nationalismus ist nicht die fundamentalistische Variante, die direkt Gewalt befürwortet. Aber der Nationalismus nimmt dennoch weltweit zu und die Zugehörigkeit zu einem Land wird heute wieder stärker nach der Mehrheitsreligion bestimmt. Der religiöse Nationalismus ist auch in der „Arabellion“ in den arabischen Ländern die ganz große Gefahr. Die

diversen arabischen Gesellschaften eint eigentlich nichts mehr, sie sind völlig zerrissen. Da bleibt der Ruf nicht ungehört: „Nur unter der religiösen Flagge ist eine Zukunft des Landes möglich.“ Damit werden aber alle religiösen Minderheiten und Nichtmuslime ausgegrenzt oder zu Bürgern zweiter Klasse.

3. Die Vertreibung der alteingesessenen Christen aus den islamischen Kernländern

Die dritte große Entwicklung ist die Vertreibung der alteingesessenen Christen und christlichen Kirchen aus den Kernländern der islamischen Welt. Die islamische Welt ist – von Südostasien abgesehen – inzwischen fast völlig ohne Judentum; wenn die Entwicklung der letzten Jahre so weiter geht, ist sie vielleicht bald – bis auf Südostasien – christenfrei.

Beispiel Türkei: In den letzten Jahren sind insgesamt nur wenige Christen wegen ihres

Christseins umgebracht worden. Die angestammten christlichen Kirchen – beispielsweise griechisch-orthodoxe Gemeinden – sterben durch den Wegzug der Jüngeren und Gebildeten langsam aus. Junge Familien haben sich aufgrund der alltäglichen Diskriminierung längst in den Westen aufgemacht. Das ist auf die islamischen Kernländer hochgerechnet eine ganz dramatische Entwicklung: Mit dieser Art der Christenheit, die oft verbunden ist mit einer uralten Sprache (darunter auch die Sprache Jesu) und uraltem Kulturgut bewahrt, gehen nicht nur Kirchen, sondern alte Kulturen unter. Was die Kopten weiter vererben, ist überwiegend ägyptische Kultur aus der Zeit, bevor der Islam Ägypten eroberte. Die Kopten vererben die christliche Kultur vor der Zeit des Islam und der Arabisierung und darin eingeschlossen Elemente der vorchristlichen ägyptischen Kultur.

Das gilt ganz ähnlich auch für andere religiöse Minderheiten in der islamischen Welt, einschließlich islamischer Minderheiten, z. B. die überwiegend türkischen Aleviten. Sie machen schätzungsweise 13 % der Bevölkerung aus, sind aber in der Türkei nicht geduldet, wurden früher schwer verfolgt und werden heute stark diskriminiert. Deutschland ist ihr Flucht- und Ankunftsland Nummer 1. Hier integrieren sie sich überwiegend gut, da sie die Scharia nicht einhalten und immer schon Frauen mehr Rechte zubilligten. Auch die Bahai aus dem Iran haben in allen Kernländern des Islam noch mehr Probleme als Christen durch Diskriminierung, Benachteiligung und Verfolgung. Viele von ihnen

Ein Mensch, der etwas für absolut richtig oder falsch hält, wird dadurch nicht gefährlich. Ein Problem wird er für die Gesellschaft erst, wenn er daraus ableitet, dass er andere zwingen darf, dasselbe zu glauben.

EAK-aktuell



Möchten Sie über die Arbeit des EAK auf dem Laufenden gehalten werden? Möchten Sie stets aktuelle Informationen, Pressemitteilungen, Materialien und Newsletter erhalten? Dann melden Sie sich mit Ihrer E-Mail-Adresse auf unserer Webseite: <http://www.eak-cducsu.de/web/kontakt.php> an.



haben daher ihre Heimatländer in Richtung Westen verlassen.

4. Beschränkung der Religionsfreiheit durch Registrierungspflicht

Die vierte zu nennende weltweite Entwicklung ist die Beschränkung der Religionsfreiheit durch Registrierungspflichten. Wir haben ein zunehmendes Problem in vielen Ländern der Erde, dass es immer kompliziertere Registrierungsprozesse gibt. Vor allen Dingen die kleinen Religionsgemeinschaften sind dem Dauerverdacht ausgesetzt, aus dem Ausland ferngesteuert zu sein, Geldwäsche zu betreiben oder für den inneren Frieden des Landes gefährlich zu sein. Zum Teil werden dann Gesetze erlassen, die alle treffen, und das führt dazu, dass weltweit eine wachsende Zahl von Christen plötzlich in der Illegalität landet. Die Konsequenzen sind dann häufig, dass sie keine Gebäude besitzen dürfen, dass sie keine theologische Ausbildung anbieten

können, dass sie Schwierigkeiten haben, in bestimmte Berufe zu gelangen, nicht für den Staat arbeiten oder studieren können und Ähnliches mehr.

Der Sonderberichterstatter der UN für Religionsfreiheit, Prof. Heiner Bielefeldt, hat erfreulicherweise die Registrierungsthematik zum Schwerpunktthema seines letzten Tätigkeitsberichtes gemacht.

Aus all dem wird deutlich: Die fehlende Religionsfreiheit anderer Länder wirkt sich in einer globalisierten Welt automatisch auch auf uns aus: Zu den koptischen Festen im Dezember 2010 und Januar 2011 gab es beispielsweise Anschläge auf koptische Kirchen in Ägypten mit zahlreichen Todesopfern. Danach gab es zum Neujahrgottesdienst ernstzunehmende Drohungen gegen koptische Kirchen in Europa. Was vielen dabei entgangen ist: Kurze Zeit später fanden erstmals seit vielen Jahrzehnten

Die fehlende Religionsfreiheit anderer Länder wirkt sich in einer globalisierten Welt automatisch auch auf uns aus.

in Deutschland Gottesdienste einer ganzen Konfession unter Polizeischutz statt! Wir leben in einer globalisierten Welt: Die Probleme kommen zu uns.

Vier positive Entwicklungen

Zeitgleich aber mit den bereits beschriebenen negativen Entwicklungen sind nun auch positive Trends erkennbar.

1. Ökumenische Anstrengungen gegen Christenverfolgung

Beispiel weltweit: Die Römisch-Katholische Kirche, der Ökumenische Rat der Kirchen und die Weltweite Evangelische Allianz haben 2011 gemeinsam einen Ethikkodex für Mission erarbeitet: „Das christliche Zeugnis einer multireligiösen Welt“. Dort wird festgelegt, dass Mission immer die Würde der Menschen und ihre Menschenrechte zu achten hat und nie Gewalt, staatliche Unterstützung, Bestechung oder psychologische Manipulation einsetzen darf. Das erste gemeinsame Dokument der drei größten christlichen Dachverbände, die zusammen etwa 95 % der Weltchristenheit repräsentieren, ist nicht zufällig aus der Not der Christenverfolgung heraus geboren worden und reagiert auf Antibekehrungsgesetze weltweit.

Beispiel Indien: In Indien haben sich die Katholische Kirche, der nationale Ökumenische Rat der Kirchen und die Nationale Evangelische Allianz zu einem Dachverband ‚National United Christian Forum‘ in India, in Bangladesh zum ‚The United Forum of Churches Bangladesh‘ zusammenschlossen, die jeweils gegenüber der Regierung mit einer Stimme auftreten und Diskriminierung und Verfolgung von der Christen gemeinsam erfassen.

Beispiel Deutschland: Jüngst hat die Synode der EKD einen Gedenksontag für bedrängte und verfolgte Christen eingerichtet. Die Deutsche Bischofskonferenz hat den Märtyrergedenktag am zweiten Weihnachtsfeiertag reaktiviert, der bis zum Fall der Mauer eine wichtige Rolle spielte. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg, traditionell immer schon am Leid verfolgter Christen interessiert, nutzt denselben Termin, empfiehlt aber auch den Termin der EKD. Die Deutsche Evangelische Allianz folgt seit

1996 mit dem Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen einem internationalen Termin Anfang November.

Trotz der unterschiedlichen Termine haben sich erfreulicherweise alle Akteure schon mehrfach an einen Tisch gesetzt, festgestellt, dass sie

alle das gleiche Anliegen verfolgen und als symbolischen Ausdruck der Gemeinsamkeiten entschieden, für jedes liturgische Jahr ein gemeinsames Schwerpunktland zu suchen.

2. Politische Anstrengungen gegen Christenverfolgung

Es gibt im politischen Bereich große Fortschritte im Einsatz für Religionsfreiheit in unfreien Ländern. Eine absolut ungewöhnliche Geschichte stammt von Sinyo Harry Sarundajang, die leider fast nur in Indonesien bekannt ist:

Sarundajang wurde 2002 auf internationalen Druck hin vom indonesischen Präsidenten nach Nordsulawesi geschickt, wo auf der Insel Ambon beziehungsweise den sog. Molukken Tausende von Christen von einer schwerbewaffneten, 300 Mann starken Jihad-Armee namens „Laskar Jihad“ umgebracht wurden. Die Provinz war unregierbar geworden, die Christen waren aber auch in die Problematik mit verstrickt, weil viele von ihnen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Inseln unterstützten. Nun wurde Sarundajang als geschäftsführender Gouverneur dorthin geschickt – zusammen mit einem Marinekontingent von Tausenden von Soldaten, um Frieden zu stiften und eine reguläre Gouverneurswahl vorzubereiten. Als überzeugter Christ, dem der Ruf vorauselte, gegen Korruption immun zu sein, besuchte er ohne Polizeischutz (die Armee blieb auf seinen Befehl hin in den Kasernen und auf den Schiffen) alle muslimischen Führer privat zu Hause und suchte das Gespräch mit ihnen. Außerdem besuchte er die christlichen Führer und sagte: „Für den Frieden erwarte ich aber, dass ihr die Unterstützung der Unabhängigkeitspläne aufgibt.“ Ein entsprechendes Buch mit dieser Geschichte wurde von dem geistigen Vater von „Laskar Jihad“ Attamimy zum Lob Sarundajangs geschrieben und enthält ein unglaubliches Vorwort des Gründers und Oberbefehlshabers der Jihad-Armee Ka'far Umar Thalib, der schreibt: „Wenn ich einen solchen Christen früher kennengelernt hätte, hätten wir unsere Armee nie gegründet.“ Er hat nach dem Treffen seine Armee schlicht und einfach aufgelöst.

Beispiel Türkei: Im Jahre 2007 wurden zwei türkische Christen und ein deutscher Christ in der türkischen Stadt Malatya brutal ermordet. Ein wesentlicher Grund dafür, dass der Prozess nicht im Sande verlaufen ist und man begann, nach den Hintermännern zu suchen, liegt an der Prozessbeobachtung durch die Deutsche Botschaft.

Beispiel Südafrika: Der afrikanische Zweig des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF) hat in Zusammenarbeit mit politischen Institutionen ein neues Religionsfreiheitsgesetz für Südafrika formuliert, das inzwischen dem Präsidenten zur Begutachtung vorliegt. In der Verfassung von Südafrika wird zwar die Religionsfreiheit erwähnt, aber auch gesagt, dass Näheres ein späteres Gesetz mit Verfassungsrang regeln soll. Sollte dies politische Vorhaben gelingen, dürfte es Vorbildfunktion für ganz Afrika südlich der Sahara haben.

Christenverfolger haben dank der vermehrten Information und Dokumentation von Wissenschaftlern immer weniger Ausreden, zu behaupten, dass die Verfolgung erfunden oder übertrieben sei.

Beispiel Pakistan: Ein Mann in Pakistan, dem die Todesstrafe wegen Übertritt zum Christentum droht, wurde aufgrund der zunehmenden Beschäftigung mit der Thematik vor Ort – u. a. durch westliche Botschaften – aus dem Land gebracht und erhält Asyl.

3. Wissenschaft im Einsatz für Religionsfreiheit

Christenverfolger haben dank der vermehrten Information und Dokumentation von Wissenschaftlern immer weniger Ausreden, zu behaupten, dass die Verfolgung erfunden oder übertrieben sei. Wichtig ist auch: Neben den staatlichen Institutionen, die Daten sammeln, wie etwa das US-amerikanische Außenministerium, gibt es Institutionen, die ihre akademische Unabhängigkeit bewahren, so dass ihre Ergebnisse über jeden Zweifel der Parteilichkeit erhaben sind.

Ein weiteres Beispiel: Die in Südafrika vom Wissenschaftsrat akkreditierte junge internationale Fachzeitschrift „International Journal for Religious Freedom“ (IJRF) hatte anfänglich Mühe, Autoren zu finden, die sich der Begutachtung ihrer Artikel durch Kollegen (dem „peer review“) unterziehen wollten oder konnten. Doch die Zahl von Forschern aller Fachrichtungen, die sich mit dem Entzug von Religionsfreiheit in unterschiedlichen Kontexten beschäftigen, nimmt weltweit stark zu. Daher wird es immer leichter, Fachbeiträge zu finden.

Noch ein Beispiel: Zwei Religionsstatistiker, Brian J. Grim, bekannt als leitender Forscher der Studie „Global Restrictions on Religion“ des PEW-Forums, und Roger Finke, Soziologieprofessor und Direktor der „Association of Religion Data Archives“, zeigen in ihrem Buch „Der Nutzen der Freiheit wird verneint“¹, wie sehr Religionsfreiheit zum Frieden und Bestand einer Gesellschaft beitragen. Ihre Grundthese ist einfach: In Ländern mit Religionsfreiheit gibt es viel mehr sozialen Frieden als in Ländern ohne

Religionsfreiheit. Die Beschränkung von Religionsfreiheit ist oft erst der Grund für gewalttätige Konflikte. Religiöse Homogenität garantiert keine Konfliktfreiheit, sondern begünstigt offensichtlich Spannungen.

Beispiel Oslo Erklärung: Die an der Universität Oslo angesiedelte „Oslo Koalition für Religions- und Weltanschauungsfreiheit“ hat die „Oslo Erklärung, missionarische Aktivitäten und Menschenrechte: Empfohlene Grundregeln für missionarische Aktivitäten“ erarbeitet, um eine globale Diskussion zu stimulieren. Mit finanzieller Unterstützung des norwegischen Außenministeriums haben Gelehrte zahlreicher Fachgebiete zusammen mit Experten des In- und Auslandes in Kooperation mit Repräsentanten von Kirchen und praktisch allen nichtchristlichen Religionen in Norwegen den Text entwickelt. Die auch von muslimischen Verbänden unterzeichnete Erklärung definiert friedliche Missionsanstrengungen als einen essentiellen Teil der Religionsfreiheit und somit als ein elementares Menschenrecht. Gleichzeitig unterstreicht das Dokument die Rechte derjenigen, die „missioniert“ werden, ausdrücklich.

4. Menschenrechtsorganisationen pro Religionsfreiheit

Traditionelle Menschenrechtsorganisationen setzen sich verstärkt gegen Christenverfolgung und Verfolgung anderer religiöser Minderheiten ein und sehen das Recht auf Religionsfreiheit als ein gleichwertiges Menschenrecht etwa neben Pressefreiheit oder Folterverbot an. Die ‚Gesellschaft für bedrohte Völker‘ etwa macht religiös bestimmte ethnische Minderheiten zum Thema, die ‚Internationale Gesellschaft für Menschenrechte‘ eher Einzelschicksale. Selbst die größte Menschenrechtsorganisation ‚Amnesty International‘, die lange ungerne konkrete Religionen thematisierte oder das Thema Religionsfreiheit oft stiefmütterlich behandelte, ändert immer häufiger ihren Kurs, wie der Jahresbericht 2012 zeigt.

¹ Brian J. Grim, Roger Finke. *The Price of Freedom Denied: Religious Persecution and Conflict in the Twenty-First Century*. Cambridge: Cambridge University Press, 2010.

² *Der Spiegel* 8/2010, S. 96-99



Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher
ist Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo).



Die Christen haben am meisten verloren

Vor 10 Jahren: Beginn des Irakkrieges am 20. März 2003

| Gerhard Arnold

Um den Irak ist es in den deutschen Medien recht ruhig geworden. Das hat wohl auch damit zu tun, dass US-Präsident Obama sofort nach seinem Amtsantritt im Januar 2009 ein Wahlversprechen umgesetzt hat: Baldiger Abzug der restlichen US-Truppen aus dem Irak. Am 18. Dezember 2011 passierte der letzte Militär-Konvoi die Grenze zum benachbarten Kuwait, achteinhalb Jahre nach Beginn der amerikanisch-britischen Militärintervention am 20. März 2003.

Was waren die Gründe für die Militär-operation?

Saddam Hussein ist eine Gefahr für die Welt. Er arbeitet mit Terroristen zusammen und strebt erneut nach Massenvernichtungswaffen. Das war seit dem Frühjahr 2002 die Hauptbotschaft von US-Präsident George W. Bush an die Welt. Deshalb müsse das Land notfalls

militärisch abgerüstet werden. Manches Licht ist ins damalige Dunkel gekommen. US-Geheimdienste hatten Anhaltspunkte für verbliebene ABC-Waffen oder -Komponentenlager und verbotene Forschungsaktivitäten, teilweise auf dubiosen Gewährsleuten fußend, wie man heute weiß. Verhöre des später verhafteten Diktators ergaben dieses Bild: Saddam habe bewusst mit den UN-Inspektoren Katz und Maus gespielt, weil er in der arabischen Welt als einziger starker Mann gegenüber den USA gefeiert werden wollte. Es war also nicht verwunderlich, dass nicht nur die USA ernste Sorgen über irakische ABC-Waffen oder deren Komponenten plagten.

Zu den neuen Erkenntnissen gehört allerdings, dass die langen Ausführungen des damaligen Außenministers Colin Powell am 5. Februar 2003 vor dem Weltsicherheitsrat, die live in viele Länder übertragen wurden und detailliert z.B.

über mobile Waffenlabore berichteten, ohne reale Grundlage waren. Nicht weniger düster sind die Einblicke in das politische Personal, das damals zum nächsten Umfeld des Präsidenten gehörte. Kein vernünftiger Mensch in Deutschland möchte sich z.B. Dick Cheney, Richard Perle und Don Rumsfeld als engste Berater eines Bundeskanzlers vorstellen. Vizepräsident Cheney war ein Saddam-Hasser der ersten Stunde, bereits als Verteidigungsminister von 1989-1993. Nach dem 11. September 2001 vertrat er als erster US-Spitzenpolitiker konsequent einen erneuten Kriegskurs gegen den irakischen Diktator.

Wissenschaftliche US-Analysen im Vorfeld der Militärintervention stellten finanzielle Überlegungen heraus. Ein günstig verlaufender Irakkrieg kostete nicht mehr als 100 Mrd. Dollar, soviel wie weitere zehn Jahre US-Militärpräsenz in der Region. Nach dem Krieg könnten amerikanische Investoren viel

Geld im Irak verdienen und eine deutlich steigende Rohölproduktion senke den Ölpreis weltweit.

Ein weiterer Gesichtspunkt sei wegen seiner weltpolitischen Brisanz ausführlicher dargestellt.

Die iranische Atombombenentwicklung

Die USA waren etwa seit dem Jahr 2002 überzeugt, dass der Iran eine entschlossene Forschung und Entwicklung von Komponenten für Atomwaffen betreibt. Als Grund hierfür muss man u.a. an die Angst vor einem atomar bewaffneten Irak denken, eine begründete Sorge. Man erinnere sich, dass internationale Kontrolleure nach dem zweiten Golfkrieg 1991 ein weit vorgeschrittenes irakisches Nuklearwaffen-Programm aufgedeckt und beendet haben. Atomwaffen durch eigene Atomwaffen abschrecken. Das war die Logik des nuklearen Patts im Ost-West-Konflikt. Mit welchen politischen Argumenten wollte man also dem Iran verwehren, sich gegen den irakischen Angreifer von 1980 auch atomar zu schützen, der einen acht Jahre dauernden konventionellen Krieg mit ein bis zwei Millionen Toten insgesamt verursacht hatte?

Die USA betrachteten die iranische Atomwaffenentwicklung mit wachsender Sorge, sie befürchteten einen regionalen nuklearen Rüstungswettkampf, sahen aber keine Möglichkeit, dem Land diese Entwicklung auszureden, solange der Irak nicht völlig eindeutig entnuklearisiert worden ist. Die bloße rechtliche Argumentation mit dem Atomwaffensperrvertrag wäre nicht ausreichend gewesen, solange die USA selber an irakische ABC-Waffen glaubten.

Was änderte der Irakkrieg an dieser Konstellation? Der Iran soll nach US-Geheimdienstberichten sein Nuklearprogramm im Jahr 2003 zunächst gestoppt haben. Einige Zeit später wurde es allerdings mit großem Aufwand, woran es keine vernünftigen Zweifel gibt, fortgeführt. Doch diese verdeckte Atomwaffenforschung- und entwicklungs konnte nun, anders als vor 2003, politisch angeprangert und von der internationalen Gemeinschaft durch UN-Resolutionen sanktioniert werden, allerdings bisher erfolglos. Doch ohne den Irakkrieg hätte es keine glaubwürdige politische Handhabe gegen den Iran in dieser Frage gegeben.

Ein anderes Thema kann nur kurz angesprochen werden: Die politischen Planungen der US-Regierung für den neuen Irak konzentrierten sich einzig auf die Exil-Opposition und erwiesen sich als Desaster. Aber auch die politischen Vorgaben von Verteidigungsminister Rumsfeld für die militärische Operationsführung

sind mit Dilettantismus milde umschrieben. Der Waffengang gegen den Irak wurde miserabel vorbereitet und führte in ein jahrelanges Chaos.

Der Rat der EKD zum Irak-Konflikt

Die EKD-Erklärung vom 24. Januar 2003 ist wegen ihrer Besonnenheit immer noch lesenswert.¹ Sie benennt die Politik von Saddam Hussein als „Hauptwurzel des gegenwärtig sich zuspitzenden Konfliktes“ und stellt das vorrangige friedensethische und völkerrechtliche Gewaltverbot in den Mittelpunkt der Betrachtung. Der Rat plädiert für weitere Anstrengungen, die Befolgung der UN-Resolutionen „zum Irak durchzusetzen – sei es durch diplomatischen Druck, sei es durch fortgesetzte Inspektionen, sei es durch Androhung direkten Zwangs“.

Die EKD sagte im Falle eines Fehlschlags aller politischen Verhandlungsbemühungen zu einem Waffengang gegen den Irak nicht nein. Das war beachtlich, blickt man auf die damalige rot-grüne Regierungspolitik und die lautstarken pazifistischen Gruppierungen in der evangelischen Kirche.

Leider hat sich der damalige EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock von der gediegenen EKD-Position vom 24. Januar wieder entfernt und sich im Interview mit der Stuttgarter Zeitung am 4. Februar 2003 zu der Bemerkung hinreißen lassen, US-Präsident Georg W. Bush vertrete einen „religiösen Fundamentalismus“.² Nach heftiger öffentlicher Kritik zog er diese Bemerkung mit Bedauern zurück.

Am 5. Februar 2003 fand in Berlin eine eilig von der EKD einberufene internationale Kirchenkonferenz mit Kirchenführern aus den USA, Europa und dem Nahen Osten zum Irak-Konflikt statt. Ihre ausführliche Abschlusserklärung³ lässt nicht mehr das Augenmaß und die Selbstdisziplin der EKD-Ratserklärung vom 24. Januar 2003 erkennen. Die US-Politik wird vorrangig angeprangert, nicht das Saddam-Regime. Nur allgemein wird gefordert, „für die sorgfältig geplanten Maßnahmen der UN-Waffeninspektionen genügend Zeit“ bis zum Abschluss der Arbeit einzuräumen. Kein Wort darüber, wie das erreicht werden kann und wie viel Wartezeit noch annehmbar ist. Unklar bleibt, woher die Verf. wussten, dass „noch nicht alle friedlichen und diplomatischen Mittel ausgeschöpft worden“ sind. Die Erklärung war angereichert mit Warnungen „vor den möglichen sozialen, kulturellen und religiösen, aber auch diplomatischen Langzeitfolgen eines solchen Krieges.“ Es fehlte auch nicht der Hinweis,

dass ein Waffengang in der muslimischen Welt die Furcht vor der „westlichen Christenheit“ mehre. Die Verf. übersahen dabei, dass der islamische Extremismus seit 1979 in erster Linie innerhalb der islamischen Welt tobte (Iran, Afghanistan, Algerien, Ägypten, Libanon, Pakistan).

EAK-Vorsitzender Jochen Borchert bezog Stellung

Unmittelbar nach Interventions-Beginn verfasste der seinerzeitige Bundesvorsitzende des EAK, Jochen Borchert, eine Stellungnahme.⁴ Er vermied jede damals wohlfeile Kritik an der Bush-Regierung, sondern sprach wichtige Fragen an, die bis heute nichts an Brisanz ver-

loren haben. Wie kann „aus dem Scherbenhaufen der gescheiterten Bündnisse, Allianzen und ‚Achsen‘ sowie der unterschiedlichen staatlichen Sonderinteressen und -wege“

wieder eine durchsetzungsfähige Weltgemeinschaft werden? Borchert sprach auch von ihrer „zuletzt fast völlig verloren gegangenen Autorität“, eine Aussage, die man wortwörtlich auf die UNO und das gegenwärtige Syriendesaster beziehen kann. Der EAK-Vorsitzende äußerte sich entsetzt, dass das Verbrecherregime von Saddam Hussein auch die NATO und die Europäer habe spalten können. Seine letzte Frage: „Warum ist es nicht gelungen, die Drohkulisse gegen den Irak aufrechtzuerhalten?“ Im Rückblick muss man Borchert bescheinigen, dass er die richtigen Probleme benannt und die richtigen Fragen gestellt hat.⁵ Seine Sicht war weiter als die oben vorgestellten kirchlichen Erklärungen.

Welche Perspektive für den Irak ohne Militärintervention?

Im kirchlichen Raum hat niemand danach gefragt: Wie hätte man sich einen Regimewechsel vorstellen können? Zwischen seinen Söhnen Udai und Kussai wäre es nach dem Tod des Vaters höchstwahrscheinlich zum Kampf mit allen Mitteln gekommen, vielleicht mit einem Sieger. Und danach? Wäre der arabische Aufstand der Straße gegen trostlose politische, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse an einem weiterhin tyrannisch regierten Irak spurlos vorüber gegangen? Die syrischen Erfahrungen seit 2011 sprechen dagegen. Syrien und der Irak hatten durch die Herrschaft der 1947 gegründeten säkularen Baath-Partei eine wichtige Gemeinsamkeit. Beide Regime waren religionstolerant, was die Christen zu schätzen wussten. Im Rückblick muss man

ernsthaft damit rechnen, dass der arabisches Aufruhr auch den Irak erfasst und zu einem Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten geführt hätte, ein Gewalt szenario, das den Irak nach der Entmachtung Saddams tatsächlich erfasst hat.

Wer vor Jahren gegen die US-Intervention argumentiert hat, sie habe einen Bürgerkrieg mit hohen Opferzahlen erzeugt, den es ohne Intervention nicht gegeben hätte, muss sich gegenwärtig eines anderen belehren lassen.

Die Christen als Hauptverlierer

Das düsterste Kapitel der Irak-Intervention ist das Schicksal der Christen. Das Zweistromland gehört zu den ältesten Gebieten des frühen Christentums, das schon seit dem 1. Jahrhundert von Antiochia am Orontes aus (heute das türkische Antakya) missioniert wurde. Von den geschätzt 800.000 Christen vor dem Irakkrieg sind heute noch etwa 300.000 im Lande geblieben, davon viele als Binnenflüchtlinge im halbwegs sicheren Kurdengebiet lebend. Die chaldäisch-katholische Kirche ist die größte im Irak; ihr gehören etwa drei Viertel aller dortigen Christen an. Hinzu kommen die Assyrische Kirche des Ostens (Nestorianer) und die Syrisch-Orthodoxe Kirche von Antiochien, sowie die Syrisch-katholische und die Armenisch-Apostolische Kirche, dazu noch kleinere Kirchen.

Der Bürgerkrieg zwischen den sunnitischen und schiitischen Gruppen traf auch die Christen mit aller Brutalität: Sprengstoffanschläge auf Kirchen und Massaker an den Christen, gezielte Ermordungen von Kirchenführern, dazu das kriminelle Geschäft mit Entführungen. Hunderttausende flohen nach Jordanien und Syrien, in der vagen Hoffnung, wieder in die Heimat zurückkehren zu können. Andere begaben sich schnellstmöglich ins dauerhafte Exil in die USA und nach Europa, auch nach Deutschland.

Dr. Samir S. Khorani, ein christlicher Literaturprofessor im kurdischen Erbil sagte dem ZEIT-Autor Jörg Lau Ende 2010, „die Welt solle den Christen lieber im Irak helfen, statt sie zu Flüchtlingen zu machen. Nur dort könnten sie auf Dauer ihre Kultur bewahren. Christen, die Ureinwohner des Landes, wurden schon unter Saddam zunehmend zu ‚Ungläubigen‘ umdefiniert. Nach der Invasion von 2003 wurden sie zur Zielscheibe des Hasses vor allem der Sunniten auf den Westen, auf Amerika. Die einheimischen Christen, sagt Herr Khorani, haben den Preis für den Krieg bezahlt, weil man sich an ihnen ohne Risiko schadloos halten konnte. Sie wurden als Verräter gebrandmarkt, weil man automatisch annahm, sie hätten die Amerikaner gerufen. Weil im Irak seit 2005 die Scharia als Maßstab der

Gesetzgebung gilt, sie die institutionelle Diskriminierung von Christen programmiert. Was den Christen im Irak angetan werde, sei ein ‚Genozid in Zeitlupe‘. Täglich würden Christen in Mossul und Bagdad ermordet.“⁶ Im Kurdengebiet ist die Lage vielfach deutlich besser. Neue christliche Gemeindezentren können dort gebaut werden.

Wie blicken sie heute auf die halbwegs religionstolerante Saddam-Ära zurück? Ehrliche Antworten sind kaum zu erhalten. Im Interview mit der Hilfsorganisation Kirche in Not wurde der chaldäische Bischof von Mosul, Amel Nona, danach gefragt.⁷ Sehr ausweichend sagte er, die heutige Situation sei das Ergebnis von 40 Jahren Geschichte. „Man kann die Situation des Irak unter Saddam indes nicht allein nach Sicherheitsgesichtspunkten rechtfertigen. Man muss vielmehr die ganze Situation kennen, die er geschaffen hat, um beurteilen zu können, ob es besser oder schlechter war.“ Seit 2003 litten die Christen v.a. unter dem islamischen Fundamentalismus, der die früher tolerantere Gesellschaft verändere und den Christen keine Zukunftsperspektive gebe.

Welche Bilanz?

Der Rückblick ergibt kein säuberliches Schwarz-Weiß-Bild, auch wenn man davon ausgehen kann, dass Präsident George W. Bush aufgrund der Erkenntnisse nach der Intervention auf den Waffengang gegen den Irak verzichtet hätte. Saddam Hussein trägt die Hauptverantwortung für die Konfliktentwicklung seit 1989, aber das politische Personal der Bush-Regierung war teilweise auch von Obsessionen beherrscht, die nicht in die Realpolitik gehören. Russland und Frankreich, alte Freunde Saddam Husseins, waren mehr an großen Geschäften mit ihm interessiert und haben ein trostloses Ränkespiel betrieben, das den Vereinten Nationen geschadet hat. Die rotgrüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder hat durch scharfe antiamerikanische Töne das deutsch-amerikanische Verhältnis nachhaltig beschädigt. Schröder hat Deutschland als einziges europäisches Land früh darauf festgelegt, niemals einer UN-Resolution mit Ermächtigung zu einem Waffengang gegen den Irak zuzustimmen. Das hat den politischen Druck auf Sadam Hussein gemildert und einer politischen Lösung geschadet.

Aus christlicher Sicht gehört die Gewalt gegen die Christen und deren fortdauernde Vertreibung aus dem Süden und der Mitte des Landes zur schlimmsten Folge der US-Intervention. Doch der Blick auf Syrien aus der heutigen Erfahrung des Jahres 2013 lässt alte Gewissheiten verblassen, dass die US-Intervention

für alles Unheil im Irak seit 2003 verantwortlich sei. Syrien zerstört sich ohne Intervention von außen selber im Kampf der alten Machthaber mit neuen, unüberschaubaren Gruppierungen. Die etwa 2 Millionen Christen werden zwischen den Mühlsteinen der sogenannten Opposition zerrieben und viele suchen ihr Heil in der Flucht. Wie kann ein friedliches Zusammenleben in einem Nachkriegs-Syrien aussehen? Niemand kennt eine Antwort. Irak hat diese Phase schon hinter sich. Der wirtschaftliche und politische Aufbau geht seit einigen Jahren langsam voran, auf arabische Weise, also voller Korruption und wenig Stabilität.

Vergleicht man EKD-Erklärungen von 2003 zum Irak mit denen seit 2011 zum Syrienkonflikt, so fällt auf: Heutige Erklärungen evangelischer Kirchenrepräsentanten zum Syriendesaster sind überaus vorsichtig und frei von eigenen Lagebeurteilungen und irgendwelchen Belehrungen.

Zehn Jahre nach dem Beginn der US-Intervention in den Irak sind durch den arabischen Aufstand ganz neue Aspekte hinzugetreten, die einfache Gewissheiten nicht mehr zulassen.

1 Der Rat der EKD erklärt zum Irak-Konflikt: „Beim heutigen Sachstand lehnen wir Angriff auf den Irak ab“. Der Text ist weiterhin auf der Homepage der EKD abrufbar (www.ekd.de).

2 Ein Vorabdruck erfolgte bereits am 1. Februar 2003. Voller Interviewtext: „Der Irak ist keine ernsthafte Bedrohung“. Der evangelische Ratspräsident Kock wirft dem US-Präsidenten religiösen Fundamentalismus vor, Stuttgarter Zeitung, 04.02.2003. – Der Bundesarbeitskreis des EAK veröffentlichte in seiner Pressemitteilung vom 3. Februar 2003 eine Kritik an dieser Aussage.

3 Vollständiger Text dieser Erklärung im Anhang der EKD-Presseerklärung vom 05.02.2003: Verantwortliche der Kirchen vereint gegen einen Krieg im Irak. Kirchenführer aus Europa, den USA und dem nahen Osten trafen sich in Berlin.

4 Jochen Borchert, Editorial in: Evangelische Verantwortung, April 2003, S. 3.

5 Siehe auch die friedensethische Analyse von Gerhard Arnold, Das christliche Friedensgebot und der Irakkrieg, in: Evangelische Verantwortung, Mai 2003, S. 9–11.

6 Jörg Lau, Die schleichende Vernichtung der irakischen Christen, ZEIT online, 14.12.2010.

7 „Verfolgung macht den Glauben stärker“. Christen im Irak zehn Jahre nach dem Sturz Saddam Husseins. Interview von Oliver Maksan mit Amel Nona, chaldäischer Erzbischof von Mosul, in: Kirche in Not, 19.02.2013. Gesprächsbitte des Verfs an Exiliraker in Deutschland blieben unbeantwortet.



Gerhard Arnold
ist evangelischer Theologe und
friedensethischer Publizist.



Ein Politiker mit Zukunftsvisionen

Kai-Uwe von Hassel (21. April 1913 – 8. Mai 1997) zum 100. Geburtstag

| Dr. Gottfried Mehnert

Am 21. April 2013 wäre Kai-Uwe von Hassel 100 Jahre alt geworden. Als er 18 Tage nach seinem 84. Geburtstag am 8. Mai 1997 auf dem Weg zur Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen an Roman Herzog starb, vollendete sich eine fünf Jahrzehnte währende Lebensbahn als christlich-demokratischer Politiker. Begonnen hatte er sie in der Kommunalpolitik als Bürgermeister im schleswig-holsteinischen Glücksburg. 1954 zum Ministerpräsident und 1955 zum Vorsitzenden der CDU Schleswig-Holstein gewählt, hat er die Landespolitik in Schleswig-Holstein nachhaltig geprägt. Damals hat Hermann Ehlers den begabten jungen christlich-demokratischen Politiker für den Evangelischen Arbeitskreis gewonnen. Anfangs als Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, von 1972 bis 1986 als stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK hat er bei Bundestagungen und in der Leitung der „Studiengruppe“ des EAK deutliche Akzente gesetzt. Dem Vermächtnis von Hermann Ehlers wusste er sich in mehrfacher Weise verpflichtet. Mit der Gründung der Hermann-Ehlers-Stiftung in Kiel 1968, deren Vorsitzender er 25 Jahre war, hat er der politischen Bildung im Geiste ihres Namensgebers eine wirkungsvolle Stätte

geschaffen. Daraus hervorgegangen waren 1985 die „Bad Bramstedter Gespräche“, die von Hassel nach dem Vorbild der Theologischen Abendgespräche vor den EAK-Bundestagungen begründet hat, um damit Kirche und Staat, Theologen und Politiker miteinander ins Gespräch zu bringen. Seit 1975 hat die Stiftung mit der Verleihung des Hermann-Ehlers-Preises Persönlichkeiten geehrt, die sich im Sinne des Namensgebers verdient gemacht haben. Die Wahl der Preisträger lag von Hassel besonders am Herzen. Der erste von ihm Geehrte war Bischof D. Dr. Hermann Kunst, seinerzeit Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesregierung, der letzte, der aus seiner Hand die Ehrenmedaille empfing, war 1996 Joachim Gauck.

In der Bundespolitik hat Kai-Uwe von Hassel schnell Aufmerksamkeit gefunden, sowohl im Bundesvorstand der CDU, wo er 1956 stellvertretender Bundesvorsitzender wurde, wie auch im Bundesrat als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident von 1954 bis 1963. Als Ende der 50er Jahre ein Kandidat für die 1961 bevorstehende Wahl des Bundespräsidenten gesucht wurde, war von Hassel zeitweilig

Favorit. In die Bundespolitik wurde er 1963 gerufen, als Franz-Joseph Strauss infolge der „Spiegel-Affäre“ zurückgetreten war und das Verteidigungsministerium neu besetzt werden musste. Er hat das schwierige Amt allen Attacken der Opposition und der Medien zum Trotz bis zum Ende der Regierung Erhard 1966 innegehabt. Der von ihm berufene Generalinspekteur Ulrich de Maizière hat die Verdienste von Hassels um die Bundeswehr hoch eingeschätzt. Nicht weniger Anerkennung hat von Hassel in den folgenden drei Jahren in der großen Koalition als Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erfahren, als der er – was oft nicht bedacht wird – für 15 Millionen vom Kriegs- und Nachkriegsgeschehen betroffene Deutsche „zuständig“ war.

In die Spur von Bundestagspräsident und EAK-Gründer Hermann Ehlers ist Kai-Uwe von Hassel noch einmal getreten, als er Anfang 1969 zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt wurde. Binnen weniger Monate hat er so hohe Anerkennung erworben, dass er nach der Bundestagswahl Ende 1969 mit 80 % der abgegebenen Stimmen wiedergewählt

wurde. Zu seinen bedeutendsten Verdiensten als Präsident gehört die von ihm erfolgreich durchgesetzte Parlamentsreform, die die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten verbessert hat und das Parlamentsgeschehen der Öffentlichkeit näher bringen sollte. Dabei hat er auch schon auf die Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten gedrängt. Seine souveräne, besonnene und Ruhe ausstrahlende Art hat auf allen Seiten des Parlaments große Wertschätzung gefunden. Danach hat er noch weitere vier Jahre bis 1976 als Vizepräsident dem Parlament angehört.

In den folgenden zwei Jahrzehnten hat sich Kai-Uwe von Hassel ganz der Europapolitik gewidmet. Schon als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident hat er die deutsche Politik in den europäischen Horizont gestellt. Die „Bonn-Copenhagen-Erklärung“ von 1955 zur Regelung der deutsch-dänischen Minderheitsfrage hat er wesentlich mitgestaltet und als Modellbeispiel für die Lösung europäischer Minderheitsprobleme verstanden. Auch als Bundesminister in den Jahren nach der Betonierung der deutschen Zweiteilung im August 1961 hat er die gesamtdeutsche Zukunft in einem

freien, friedlichen Europa ohne trennende Grenzen gesehen. Seinen vielseitigen Beitrag zu dessen Gestaltwerdung bringt der Titel der Festschrift zu seinem 75. Geburtstag treffend zum Ausdruck: „Unverdrossen für Europa“. Seine Wirkungsfelder waren die europäischen Gremien und Zusammenschlüsse, in denen er teils als Präsident, teils als Vizepräsident gewirkt hat. Es waren – um nur einige zu nennen – die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union, die Europäische Union Christlicher Demokraten, die Europäische Volkspartei, deren Mitbegründer er war, das Europäische Parlament, dem er von 1979 bis 1984 angehört hat, und die Europäische Parlamentarische Gesellschaft, für deren Gründung er sich eingesetzt hat. Seinem energischen Wirken ist es auch zu verdanken, dass das Europäische Parlament 1986 die blaue Europa-Fahne mit den zwölf goldenen Sternen als Symbol der Europäischen Union eingeführt hat.

Über Europa hinaus reichte von Hassels Blick in alle Regionen der Welt. In Ostafrika geboren und dort in jungen Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg Pflanzungskaufmann, hatte er eine globale Perspektive, die ihm zugute kam in seinen

hohen politischen Funktionen und bei seinen zahlreichen Auslandsreisen. Diese globale Sicht hat auch seine politischen Vorstellungen geprägt. So wurde er schon 1961 mit einer programmatischen Denkschrift über die Gründung einer Deutschen Entwicklungsgesellschaft der Inspirator der deutschen Entwicklungspolitik. Darin wie auch in vielen anderen Projekten und Entwürfen hat sich Kai-Uwe von Hassel als ein Politiker mit Zukunftsvisionen erwiesen. Er hätte sicher beifällig dem Satz zugestimmt, den Präsident Ronald Reagan in einer Rede zur Lage der Nation aus den Sprüchen Salomos zitiert hat: „Where there is no vision, the people perish“ (Sprüche 29,18). Die Hochachtung, die ihm in europäischen Staaten und in afrikanischen, südamerikanischen und nahöstlichen Ländern entgegengebracht wurde, belegen die vielen Auszeichnungen und Orden, die er erhalten hat, darunter das Großkreuz des Dannebrog-Ordens, die Ehrendoktorwürde der Universität Ankara und die dem irenischen Protestanten, der seit 1972 mit der ökumenischen Katholikin Dr. Monika Weichert verheiratet war, von Papst Johannes Paul II. verliehene Ehrung als „Ritter des Sankt-Silvester-Ordens“.

60 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CSU in Ansbach



Festakt mit Empfang am Samstag, dem **11. Mai 2013**, ab 10.00 Uhr im Blauen Saal der Orangerie **Ansbach**.

Mit dabei sind:



Christine Lieberknecht
Ministerpräsidentin
des Freistaates Thüringen



Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender
des EAK der CDU/CSU
und Parlamentarischer
Staatssekretär im BMBF



Dr. Günther Beckstein,
Ehrenvorsitzender
des bayerischen EAKs
und amtierender
Präses der EKD-Synode



Christian Schmidt MdB
Landesvorsitzender
des EAK der CSU und
Parlamentarischer
Staatssekretär im BMVg

Anmeldungen möglich unter: eak@csu-Bayern.de

Einladung zum Empfang des EAK der CDU/CSU auf dem 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag

(Hamburg, 1. bis 5. Mai 2013)

„Soviel du brauchst“, so lautet das Motto, unter dem sich im Mai in Hamburg mehr als 100 000 Menschen aus Deutschland und der ganzen Welt zum 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag treffen werden. Der **EAK** wird dabei wieder auf dem **Markt der Möglichkeiten** (Ausstellerbereich in **Halle A4, Stand B30**) vertreten sein.

Außerdem laden wir Sie herzlich zu unserem traditionellen **EAK-Kirchentagsempfang** für Vertreter aus Kirche, Gesellschaft und Politik ein. Dieser wird am **1. Mai 2013 um 20.30 Uhr in der Handwerkskammer Hamburg** (Holstenwall 12, 20355 Hamburg) stattfinden. Der Einlass beginnt ab 19.30 Uhr und ist nur nach vorheriger schriftlicher Anmeldung möglich.



Wir freuen uns auf einen festlichen Abend mit vielen Begegnungen und Gesprächen, zu dem wir folgende **Grußwortredner und Ehrengäste** begrüßen dürfen:



Prof. Dr. iur. Gerhard Robbers
Präsident des 34. Deutschen
Evangelischen Kirchentages



Dr. Ursula von der Leyen MdB
Bundesministerin für Arbeit
und Soziales



Dr. h.c. Nikolaus Schneider
Ratsvorsitzender der Evange-
lischen Kirche in Deutsch-
land (EKD)

Anmelden können Sie sich schriftlich unter folgender Kontaktadresse:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefax: 030/220 70-436 | E-Mail: eak@cdu.de

Einladung zur 49. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 7. Juni 2013 in Berlin



Thema: „Das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat“

Freitag, 7. Juni 2013

13.00 Uhr

**Eröffnung im Foyer der
CDU-Bundesgeschäftsstelle**

Andacht:



Pastor Peter Jörgensen,
Beauftragter am Sitz der Bundesregierung
für die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF)

im Anschluss



Rede
des EAK-Bundesvorsitzenden und
Parlamentarischen Staatssekretärs im
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF),
Thomas Rachel MdB

**Bundesarbeitskreissitzung mit Neuwahlen
des EAK-Bundesvorstandes**

15.30 – 16.00 Uhr

Kaffeepause

16.00 – 17.00 Uhr

Rede

der Bundeskanzlerin und
Parteivorsitzenden der
CDU Deutschlands,
Dr. Angela Merkel MdB



17.00 – 18.00 Uhr

Haupt-Vortrag:

„Wie organisieren wir religiöses Recht und
Religionsfreiheit im 21. Jahrhundert“

Prof. Dr. Hans Michael Heinig
Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der
Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)



18.00 – 19.15 Uhr

Abendessen

19.15 – 21.00 Uhr

Theologisches Abendgespräch:

„Religiöse Vielfalt und gemeinsame Wertgrundlagen“



Seyran Ates,
Rechtsanwältin und
Buchautorin



Dr. Petra Bahr,
Kulturbeauftragte der
Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)



Dr. Hans-Peter Uhl MdB,
Innenpolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen
Bundestag



**Prof. Dr.
Michael Wolffsohn,**
Publizist und Historiker

ab ca. 21.00 Uhr

Abendempfang

(Änderungen vorbehalten)

Die Anmeldeunterlagen finden Sie
auf der nächsten Seite





Antwort

zur Verwendung im Fensterumschlag oder als Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefax: 030/220 70-436

**E-Mail: eak@cdu.de
www.eak-cducsu.de**



Bitte senden Sie mir die Unterlagen für meine Anmeldung zur
49. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 7. Juni 2013 in Berlin zu.

_____	_____
Name	Vorname
_____	_____
Straße	Postleitzahl, Ort
_____	_____
Telefon/-fax	E-Mail

Anmeldeschluss ist Mittwoch, der 29. Mai 2013.

Die Anmeldeunterlagen können Sie auch telefonisch unter 030/220 70-432 bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Diese senden wir Ihnen unmittelbar nach der Druckfertigstellung per Post zu.



Manfred Güllner
Die Grünen – Höhenflug oder Absturz
 Herder, Freiburg 2012
 ISBN 978-3-451-30674-7
 Gebunden, 180 Seiten, 16,99 EUR

Pünktlich zum 30-jährigen Bundestagsjubiläum der Grünen legt der Chef des führenden deutschen Meinungsforschungsinstituts „forsa“, Manfred Güllner, eine ungemein interessante, aufschlussreiche und durchaus entlarvende Analyse der Partei vor, die „die politische Kultur der letzten Jahrzehnte so grundlegend verändert hat wie keine andere“. Der Autor widerlegt die sowohl weitverbreitete wie irriige Annahme, dass es sich bei den Grünen im Kern um eine der sogenannten neuen sozialen Bewegungen handelt, durchleuchtet genauestens Parteimitgliedschaft und Wählerklientel (die sich hauptsächlich der besser verdienenden und gehobenen bildungsbürgerlichen Mittelschicht verdanken) und zeigt fundiert und kritisch die eklatanten Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Partei auf: „Viele Anhänger der grünen Bewegung sind bis heute in ihrer Selbsteinschätzung der festen Überzeugung, nicht nur gute, von allen akzeptierte Ziele zu verfolgen, sondern auch selbst ‚gute‘ Menschen zu sein. (...) Eine sachliche Debatte mit ‚Gut-Menschen‘ ist dementsprechend schwierig, zumal die Grünen wegen ihrer ‚guten‘ Ziele und der diese guten Ziele verfolgenden ‚guten Menschen‘ kaum kritisiert werden können, ohne als Kritiker selbst ins moralische Abseits zu gelangen.“ (S. 19f.) – Unbedingt lesenswert!

Empfehlung ★★★★★



John Bowker, Sonia Halliday, Brian Knox
Das Heilige Land aus der Luft
Atlas der historischen Stätten
 Primus Verlag, Darmstadt 2012,
 ISBN 978-3-89678-821-4
 Gebunden, 255 Seiten, 24,90 EUR

Ein sehr schön ausgestatteter Luftbildatlas des Heiligen Landes, der die wichtigen und bedeutsamen Orte und Regionen der Bibel und der die viele Jahrtausende umfassende Kulturgeschichte Israels auf im wahrsten Sinne des Wortes anschauliche Weise nahe bringt. Die Kapitel sind geographisch gegliedert und stellen die wichtigen archäologischen Stätten der drei großen monotheistischen Weltreligionen im historischen Kontext vor. Die eindrücklichen Luftbildaufnahmen stammen von Sonia Halliday und Brian Knox, der Text vom anglo-amerikanischen Religionswissenschaftler John Bowker.

Empfehlung ★★★★★



Mareile Lasogga, Matthias Rein,
 Eberhard Blanke (Hrsg.),
Weltanschaulicher und religiöser Pluralismus – Herausforderungen für den christlichen Glauben.
 Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands, Hannover 2012,
 ISBN 978-394-3201031,
 Taschenbuch, 180 Seiten, 9,80 EUR

Dieser von Mareile Lasogga, Matthias Rein und Eberhard Blanke herausgegebene Band versammelt die Aufsätze eines Theologischen Symposiums des Theologischen Studienseminars der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in Pullach (22. bis 24. Juli 2011) anlässlich des 100. Geburtstages des Systematischen Theologen, Religionswissenschaftlers und Religionsphilosophen Carl Heinz Ratschow. Die darin zusammengefassten Aufsätze suchen das Denken Ratschows für die heutige Zeit fruchtbar zu machen und liefern interessante und nachdenkenswert Impulse für die Frage, welche Herausforderungen sich für den christlichen Glauben aus dem weltanschaulichen und religiösen Pluralismus der Gegenwart ergeben. Die Beiträge dürften allerdings aufgrund ihres zum Teil recht hohen begrifflichen Reflexionsniveaus für die nicht dezidiert fachtheologische Leserschaft mitunter nur schwer genießbar sein. Eine zumindest kleine thematische Auswahlbiographie aus dem Werk Ratschows wäre außerdem eine sinnvolle Ergänzung gewesen.

Empfehlung ★★★



Volker Hampel, Rudolf Weth (Hrsg.)
Für uns gestorben:
Sühne – Opfer – Stellvertretung
 Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn 2010,
 ISBN 978-3-7887-2436-8
 Taschenbuch, 162 Seiten, 14,90 EUR

Die Frage nach der Zeitgemäßheit bzw. Legitimation der traditionellen Deutungen des Todes Jesu hat in der jüngsten Vergangenheit auch in der evangelischen Theologenschaft kontroverse Diskussionen hervorgerufen. Für Aufsehen sorgte so beispielsweise der emeritierte Berliner Professor Klaus-Peter Jörns mit seinem Buch „Notwendige Abschiede. Auf dem Weg zu einem glaubwürdigen Christentum“ (Gütersloh, 2005), in dem er die Heilsbedeutung des Kreuzestodes Jesu geleugnet und die für ihn dahinter stehende Sühneopfertheorie verworfen hatte. Aber auch bei den kirchlichen „Laien“ gibt es viele populäre Missverständnisse: „Für mich hätte Jesus nicht sterben müssen“ oder „Was für ein gewalttätiger Gott, der seinen Sohn ans Messer liefert!“ sind typische, immer wieder kehrende Reaktionen. Dieser von Volker Hampel und Rudolf Weth herausgegebene Aufsatzband von renommierten Wissenschaftlern aller theologischen Disziplinen informiert auf umfassende Weise über den Themenkomplex „Sühne, Opfer und Stellvertretung“, erläutert die biblischen Grundlagen und Vorstellungsmuster und räumt mit unsachgemäßen Fehldeutungen auf.

Empfehlung ★★★★★

EAK-Sachsen-Anhalt mit neuem Landesvorstand

Jürgen Scharf abermals zum Landesvorsitzenden gewählt

Jürgen Scharf MdL heißt der alte und neue Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Sachsen-Anhalt. Scharf wurde vor kurzem auf der Mitgliederversammlung des EAK 2013 auf Schloss Wendgräben bei Magdeburg für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Als seine Stellvertreter wurden **Prof. Dr. Wolfgang Merbach** (Meuschau) und **Jürgen Gerlach** (Falkenstein/Harz) gewählt. Als Schriftführer wurde **Dr. Uwe Heuck** (Wernigerode), als Beisitzer **Frank P. Dietrich** (Magdeburg), **Holm Dietze** (Stendal), **Karsten Knolle MdEP a.D.** (Quedlinburg), **Karl-Martin Kuntze MdL a.D.** (Colbitz) **Pfarrer Bernhard Ritter MdL a.D.** (Bennungen), **Jonathan Rumpold** (Merseburg), **Herbert Stelter** (Harzgerode) und **Florian Zobel** (Sylda) gewählt.

Für eine Wiederwahl in den EAK-Bundesvorstand wurde Prof. Dr. Merbach vorgeschlagen.

In seinem Rechenschaftsbericht betonte Scharf die Bedeutung des EAK Sachsen-Anhalt als Forum für ethische und lebensweltliche Fragestellungen in der CDU und als Dialogpartner für evangelische Kirchen und Freikirchen. Es finden regelmäßige Gespräche mit der Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, **Ilse Junkermann**, und dem Kirchenpräsidenten der Ev. Landeskirche Anhalts **Joachim Liebig** statt. So hatte der EAK u.a. Anfang 2012 dezidiert zur initiierten Debatte zu den Staatskirchenverträgen Stellung genommen und diese verteidigt. Ferner fand ein Gespräch mit dem damaligen Intendanten des MDR, **Prof. Dr. Udo Reiter**, über die Wirkungsmöglichkeiten christlicher

Publizistik im Öffentlich Rechtlichen Rundfunk statt. Der EAK lieferte zum Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU Sachsen-Anhalt eine Zuarbeit für den Grundsatzteil, die weitgehend übernommen wurde. Weitere Themen regelmäßiger Beratungen waren und sind z.B. die Schulpolitik im Land und die Reformationsdekade in Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017.

Prof. Merbach berichtete über seine Arbeit im Bundesvorstand des EAK, die er durch Zuarbeiten zu grundsätzlichen politischen Fragen und Veröffentlichungen u.a. zu Umweltfragen in der Zeitschrift des EAK Evangelische Verantwortung mit prägen konnte.

Dr. Horst Schnellhardt MdEP wurde dem CDU-Landesvorstand zur Nominierung für den Listenplatz 1 der bevorstehenden Europawahl empfohlen.

Mein Beitrag zum Regierungsprogramm

Was mir am Herzen liegt!



www.regierungsprogramm.cdu.de

CDU

Bis zum 30. April 2013 können Sie Ihre Erfahrungen, Ideen und Wünsche per Post oder online www.regierungsprogramm.cdu.de an uns senden: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Konrad-Adenauer-Haus | Regierungsprogramm | Klingelhoyerstraße 8 | 10785 Berlin

EKD-Botschafterin Margot Käßmann zu Gast beim EAK-Bundesvorstand



v.l.n.r.: Margot Käßmann, Thomas Rachel, Christian Meißner

Kürzlich war die Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für das Reformationsjubiläum, **Prof. Dr. Margot Käßmann**, zu Gast beim EAK-Bundesvorstand. Nach einer kurzen und herzlichen Begrüßung durch den EAK-Bundesvorsitzenden **Thomas Rachel MdB** informierte Frau Käßmann über ihre Funktion in dem neu geschaffenen Amt. Hierbei gehe es nicht, wie viele vermuteten, um die eigentlichen Organisationsvorbereitungen, sondern um die werbende und vermittelnde öffentliche Kommunikation bezüglich des Jubiläums im Jahr 2017. Dazu gehörten eine Vielzahl von Gottesdiensten, Veranstaltungen und Vorträgen (insbesondere auch vor nicht-kirchlichem Publikum), die unterschiedlichsten Publikationen sowie die Pflege der ökumenischen Kontakte (von den Calvinisten bis zu den Pfingstkirchen). Gerade auch die missionarische Komponente bei dieser Tätigkeit dürfe, so die Botschafterin, nicht unterschätzt werden. Bei der jüngsten Einweihung der renovierten Taufkirche in Eisleben war diese beispielsweise bei der Eröffnung völlig überfüllt, obwohl diese Geburts- und Sterbestadt Luthers nominell ja nur noch etwa 7 % Kirchenglieder verzeichnet, vergleichbar mit den anderen Regionen mit den ursprünglichen Lutherstätten in den Neuen Bundesländern.

Die bisherigen Themenjahre der Lutherdekade hätten nicht zuletzt auch unzähligen Kirchengemeinden vor Ort auf unterschiedlichste Weise Stärkung und neue Inspiration gegeben. Die

Thematisierung auch der aus heutiger Sicht intoleranten Seiten der Reformation (Stichwort: „Schatten der Reformation“/Themenjahr „Toleranz“) gehöre genauso dazu, wie auch die Erkenntnis der Bedeutsamkeit der ökumenischen Bewegung und ihrer segensreichen Impulse für die Verständigung der Kirchen untereinander. Erst die Leuenberger Konkordie (1973) überwand beispielsweise die scheinbar unversöhnlichen Gegensätze in der Abendmahlsfrage aus dem Marburger Religionsgespräch von 1529 zwischen Lutheranern und Calvinisten.

Schließlich kritisierte die Botschafterin des Reformationsjubiläums noch einmal den falschen Gedanken der sog. „Rückkehr-Ökumene“ im evangelisch-römisch-katholischen Dialog. Eine Rückkehr könne es gar nicht geben, da die damit verbundene Vorstellung an sich schon falsch sei, denn, so Käßmann: „Wir (Protestanten) sind keine neue Kirche des 16. Jahrhunderts, sondern wir sind Erbin der Alten Kirche, die im 16. Jahrhundert einen anderen Weg gegangen ist.“ Die Evangelische Kirche, auch das gehöre zum unaufgebbaren Selbstverständnis und Identitätskern der Reformation, sei eine offene und einladende, aber immer auch selbstbewusste Kirche. Deshalb werde dieses Jubiläum (in aller Offenheit auch für die römisch-katholische Seite) als „Jubiläum“ und nicht als irgendeine Form von „Schuldbekennnis“ gefeiert werden. Den Ausführungen von Frau Prof. Käßmann schloss sich eine ausführliche Aussprache und Diskussion im EAK-Bundesvorstand an.

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Hans-Michael Bender, Dieter Hackler, Norbert Kartmann, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion Simone Scholz, Johanna Schulze, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de
Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher
Direktor des Internationalen Instituts
für Religionsfreiheit

Gerhard Arnold
ev. Theologe und friedensethischer Publizist

Pfr. i. R. Dr. Gottfried Mehnert
ev. Theologe und Publizist,
(Mitglied im EAK-Bundesvorstand 1974–1988)

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen, Berlin

Fotonachweis

Titel © Fotograf Martin Lengemann; S. 3 © Heather Shimmin- istockphoto.de; S. 5 © Volker Kauder; S. 10 © Brian Jackson- istockphoto.de; S. 11 © Thomas Schirrmacher; S. 12 © Rubén Hidalgo-istockphoto.de; S. 14 © Gerhard Arnold; S. 15 © EAK-Bundesgeschäftsstelle; S. 17 © Gerhard Robbers, Ursula von der Leyen und Nikolaus Schneider; S. 18 © bilder.cdu.de, Peter Jörgensen, Thomas Rachel © Hr. Ossenbrink; S. 19 Angela Merkel © CDU/Laurence Chaperon, Hans Michael Heinig, Seyran Ates, Petra Bahr, Hans-Peter Uhl und Michael Wolffsohn; S. 23 © EAK-Bundesgeschäftsstelle

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100% chlorfrei



*„Er wird den Tod verschlingen auf ewig.
Und Gott der Herr wird die Tränen von allen
Angesichtern abwischen...“ (Jesaja 25, 8)*

Menschen werden von der Macht des Todes regelrecht verschlungen, werden vernichtet, tagtäglich, plötzlich und mit so großer Heftigkeit, dass diejenigen, die hier zu Zeugen werden, obschon am Leben, mitunter dermaßen eingeschüchtert werden, dass ihnen der tragende Grund ihres eigenen Lebens letztlich selber fragwürdig werden kann. Angesichts der Zerbrechlichkeit des Lebens stellen sich die wesentlichen Menschheitsfragen erst in ihrer vollen Schärfe: Warum der Tod? Warum das sinnlose Sterben? Warum so viel Leid und Schmerz? Eine Urangst des Menschen gibt es vor diesem Allesverschlinger „Tod“, gegen den kein Mittel auf Erden gewachsen zu sein scheint.

Doch die Heilige Schrift ruft uns trostvoll zu, dass uns Gott, auf den wir hoffen, auch im Angesicht eben dieses Todes nicht aus seiner rettenden Hand lassen wird. Und darüber hinaus wird uns aus Prophetenmund verheißen, dass der Allesvernichter „Tod“, selbst endgültig vernichtet werden wird, so dass er schwindet wie ein Alptraum durch die ersten Strahlen des beginnenden Morgens. Durch den strahlenden Morgen von Ostern, durch die Auferstehung Christi, ist diese großartige Vision des Propheten Jesaja kein leeres Wunschbild mehr, nicht nur lediglich bloße Phantasie. Im Leben Christi zu Ostern haben wir den verlässlichen Orientierungspunkt bekommen, der alle Ängste unserer Seele zu bannen vermag!

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU